

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Verlag: Heinr. Fahrenbrach, Düsseldorf, Florastraße 7, Telefon 14742 • Druck und Versand: Joh. van Aken, Krefeld, Luth. Kir. Str. 55, Telefon 24614 • Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 29

Düsseldorf, den 16. Juli 1927

Verbandort Krefeld

„Die Menschen sind mehr als die Dinge. Diese müssen gebogen werden, geformt werden, damit jene leben können. Dem Menschen gehört das Land, diese Erde, der Frühling. Darum Licht für ihre Kinder, Raum für ihre Ehen, Ordnung für ihre Wirtschaft, Freiheit für ihr Leben, Disziplin für ihren Staat. Letztes Ziel muß sein, die Ausführung der zehn Gebote dem Menschen möglich zu machen. So zerklüftet ich nicht ihre Tafeln. Christentum ist mit sozialer Dynamik. Seine Grundsätze sind im Letzten weltlich. Darum unantastbar. Aber die Struktur der Gemeinschaft, der Politik, der Wirtschaft muß geformt werden. Damit das Saatkorn dieser Grundsätze Frucht und Tau finde. Christentum ohne soziale Stoffkraft ist kein Christentum mehr. Nur noch ein Rahmen. Ohne das Christusbild.“  
Dr. Carl Sonnenschein.

## Ueberwindung des Kapitalismus!

Wir haben den Kapitalismus immer als eine geschichtlich notwendige Entwicklungsform der Wirtschaft anerkannt, haben auch zugegeben, daß der Aufstieg der deutschen und der Weltwirtschaft überhaupt im letzten Jahrhundert weitgehend auf sein Konto zu schreiben ist. Aber der Kapitalismus entartete bald fast allgemein zu einem für Wesen und Seele des dienenden Menschen verderbbringenden System. Daher der Zusammenschluß der Arbeiter zu den gewaltigen Gewerkschaften, um die Herrschaft des Kapitalismus zu brechen, um den Menschen wieder in seine ewigen Rechte einzusetzen.

Zehnjährige lang hat nun schon dieser Kampf gewährt. Ist im Hinblick auf das Endziel aber etwas erreicht worden, das die großen aufgewandten Mittel und Anstrengungen verlohnt? Wird der Kapitalismus überwunden werden, und was soll an seine Stelle treten? Scheint nicht vielleicht sogar der Kapitalismus sich immer weiter auszudehnen, und versucht er nicht noch immer gefeierten Raub an menschlicher Seele?

Von unbefangener und doch sehr herausfordernder Stelle wird uns da eben ein gründliches Urteil vorgelegt. Der Berliner Universitätsprofessor **Sombart** beschäftigt sich im dritten Bande seines Werkes „Moderne Kapitalismus“ mit diesen Fragen. Seine Antwort lautet, daß der Kapitalismus in die Sterbepoche des Spätkapitalismus eingetreten sei, daß eine neue Wirtschaftsreform sich im Werden befinde, nämlich die **Gemeinwirtschaft**.

Folgen wir flüchtig seinen Argumenten. Die heutige vielfache Ueberwindung des Kapitalismus ist keine Steigerung mehr, denn es kommt nicht auf räumliche Ausdehnung und manche Entartung an, vielmehr ist die innere Geschlossenheit und Klarheit bei einer geistigen Bewegung die Hauptsache. Das Wesen des Kapitalismus aber befindet sich in voller Auflösung.

Drei wesentliche Merkmale hat das reinblütige kapitalistische Wirtschaftssystem an sich.

1. Den Primat des Gewinnstrebens. Ihm gegenüber tritt das Bedarfsdeckungsprinzip in den Hintergrund. Mit andern Worten, das Geld ist auf den Thron gesetzt, der dem Menschen und seiner Würde gebührt.

2. Den Primat der freien Initiative. Der wagende Unternehmer und findige, riskierende Händler bestimmen das Wirtschaftsleben, unabhängig von jeder andern Gewalt.

3. Den Primat des Wirtschaftlichen. Die freien Wirtschaftsträger walteten ganz allein nach ihrem Belieben, allein unter dem Gesichtspunkte des Gewinnes.

Und diese Wesensmerkmale gelten heute nicht mehr ohne starke Einschränkungen. Vielmehr wächst an ihrer Stelle ein Neues auf, eben der **genossenschaftliche Geist**. Er verkörpert sich sogar schon in neuen Wirtschaftsträgern, die größte Werke vollbringen. Öffentliche Körper- und Genossenschaften und gemischte öffentliche Unternehmungen sind überall sichtbar. Staat und Gemeinde treten unternehmend auf und vollbringen gewaltige Taten, so Kanalbauten, Ueberlandzentralen, Talsperren, Kraftanlagen.

Aber auch in die Privatwirtschaft sind die gemeinwirtschaftlichen Kräfte bereits weit vorgebrungen. Es gibt keine unbegrenzten Gewinne, kein ungehemmtes Gewinnstreben mehr. In je größere Höhen die Gewinne laufen, um so eifriger sucht der Staat sie zu versteuern. Auch die geschlossene Macht der Arbeiterschaft ist darauf bedacht, ein wohlerdientes Teil für sich zu reservieren, den Gewinn des Einzelnen nicht verhältnismäßig zu gewaltig zu belasten. Durch diese Angriffe gezwungen, geben immer zahlreichere Unternehmungen das Ziel auf, nur einen angemessenen Gewinn herauszuwirtschaften. Dadurch wiederum kann für den Menschen und seine Bedürfnisse Raum geschaffen werden. Die freie Initiative des Unternehmers und des Händlers hat fühlbarste Einbuße erlitten. Gründe sind dafür als besonders maßgebend anzuführen.

Der erste ist in den Reihen der Unternehmer selbst zu suchen. Die fortschreitende Vererbung und Kartellierung bindet den Wagemut des Einzelnen, lähmt seine Beweglichkeit, läßt Ideen sich nur schwerfällig und unter großen Widerständen durchsetzen, erklärt damit allmählich überhaupt einen beträchtlichen Teil von fruchtbaren Gedanken. — Zum Zweiten ist die Arbeiterschaft eine Macht geworden, die als gewichtige Partner dem Unternehmer gegenübertritt, und ihn nicht mehr allein „herr im Hause sein“ läßt. Die Arbeitsbedingungen sind nicht mehr feilherrliches Edikt des Arbeitgebers, sondern im Schatten der Arbeiterschutzgesetzgebung werden sie, mehr oder weniger

freiwillig, zwischen den Parteien vereinbart. — Endlich bietet der Weltmarkt und der Markt überhaupt dem wagenden Händlergerüst nicht mehr die frühere variable Möglichkeit. Vielmehr ist durch die wachsende Einsicht in die Wirtschaftsverhältnisse und Zusammenhänge der Welt, dazu durch staatliche Regulierungsversuche die „Konjunktur“ stark eingebüsst, ist geregelt worden. Damit fällt zugleich auch das Prinzip des rein Wirtschaftlichen. Der Kapitalismus in seinem Wesen ist also untergraben, die Gemeinwirtschaft ist unerkennbar im Werden. Dieses Urteil des Berliner Gelehrten ist zu wohl und klar begründet, und wir können uns darüber von Herzen freuen. Haben doch die Gewerkschaften an dieser Wandlung ein gut Teil Verdienst. Wir sehen uns unserm Ziele näher, den Menschen wieder zum Mittelpunkt der Wirtschaft zu erheben.

Aber halten wir auch die Augen für die neu drohenden Gefahren offen, damit wir ihnen zeitig genug entgegen, ehe ein vielleicht schlimmeres Uebel als das vergangene über uns hereinbricht. Die kommende Gemeinwirtschaft muß die christliche werden.

Die Gefahr besteht nämlich für die Zukunft darin, daß eine feilenlose bürokratische Gemeinwirtschaft entsteht, automatisch laufend und alles ursprüngliche Leben erstickend. Die sozialistischen Tendenzen laufen dahin. Der Wert verschwindet in dem eintönigen Glied der Masse, Gedanken und Tatkraft werden im gemeinsamen Schlendrian und in der Gleichmacherei erstickt, die

Arbeitsfreude scheidet unerhennungslos dahin. Das wäre schlimmer als Kapitalismus, denn während dort doch wenigstens einige lebten, wären hier alle zum seelenlosen Dasein verurteilt.

Die Gemeinwirtschaft der Zukunft muß beseelt sein. Darum ist vorbereitend nichts wichtiger als die Pflege zweier echt christlicher Gedanken. Den Gedanken des Führertums wollen wir hochhalten und ausbauen, das ist das erste. Alle sind wir als Menschen Brüder und gleichberechtigt, aber doch nicht unterschiedslos gleich. Ueber dem Boden der Menschenrechte und der Menschenwürde erhebe sich der ehrfürchtige Bau der geistigen Gliederung. Achtung vor Ideen, Autorität und Führertum sind die Vorbedingungen jeden Fortschrittes, jeden Lebens in der Gemeinschaft. Das Führertum muß auch in der Gemeinwirtschaft und gerade da sich voll und stark auswirken können. — Zum zweiten aber wäre eine Gemeinwirtschaft ein Fluch, in der der Einzelne zum Dasein eines toten, willen- und freudlosen Gliedes verurteilt wäre. Der **Verdienst** glänzt im Herzen jedes Einzelnen, ihm seine Arbeit zur Freude und Lust und Bestimmung machend, der Berufsgedanke ist es, mit dem zum zweiten die Gemeinwirtschaft in ihrem Werte steht und fällt, Fortschritt oder Verfall bedeutet. Keinen toten und auch bald unfruchtbaren Bürokratismus wollen wir heraufführen, sondern lebendige, organische Einheit und Gemeinschaft, einen Kosmos der Wirtschaft, eine sinnvoll auf das Ganze geordnete Vielheit.

## Die Entwicklung der deutschen Textilindustrie im letzten Jahrhundert

Wir leben heute in einer so schnelllebigen Zeit, daß wir meistens heute schon vergessen haben, was gestern war. Vieles Gesteht uns nicht wörtlich zu nehmen, sondern ich wähle dieses Wort, um anzudeuten, daß es noch garnicht so lange her ist, daß es anders war wie heute. Wenn wir heute in unseren Betrieben hineingehen und sehen, daß 15 bis 20 Automatenwebstühle von einem Weber bedient werden, so fragen wir uns doch manchmal, wie kam es, und wie war es früher? Diese Automatenwebstühle sind noch nicht solange im Betrieb, so daß sich jeder noch an die erstanten und vielfach auch wütenden Gesichter der Arbeiter erinnern kann, die hier einen neuen Feind sahen und der viele der ihrigen durch die erhöhte Leistungsfähigkeit auf die Straße warf.

Nun wollen wir zusammen einmal zurück gehen in jene Zeit, wo noch keine Automatenwebstühle in den Fabriksälen standen und der Vater noch hinter seinem Hauswebstuhl saß und schaffte von morgens früh bis abends spät. So verschieden die damalige Zeit zur heutigen ist, eines hat sie mit ihr gemeinsam, daß der Arbeiter damals wie heute überwiegend zum Nutzen einer anderen Schicht arbeitete und für seine Arbeit wenig, sehr wenig erhielt. Aber gerade aus diesem Grunde wollen wir uns die Zeiten vor uns einmal etwas genauer ansehen und uns vergegenwärtigen, wie die heutigen großen Fabriken mit dem Millionenheer der Arbeiter geworden sind. Natürlich soll hier nur von der Textilindustrie die Rede sein, aber wenn wir uns den einen Industriezweig, in dem wir tagtäglich tätig sind, näher ansehen und sehen, wie er wurde, dann können wir uns auch ein einigermaßen klares Bild machen, wie die anderen Industrien gewachsen sind.

Die Textilindustrie ist bald so alt wie die Menschheit selbst, sofern man auch nur einigermaßen kultivierten Menschheit gesprochen wird.

Wir wollen nicht in die weite Welt schweifen, und noch viel weniger zurückgehen ins graue Altertum. Auch unsere Vorfahren, die alten Germanen, beschäftigten schon ihre Frauen mit Spinnen, und ihre Kleider mußten gewebt werden. Aber wir wollen auch nicht so weit zurückgehen, sondern bloß 100 bis 120 Jahre. Wie ich schon angedeutet habe, gab es damals noch keine Fabriken, und wenn es solche gab, dann können sie in der heutigen Zeit nicht mehr als Fabriken angesehen werden. Es war jeder Weber sein eigener Meister, hatte seinen Webstuhl zu Hause und arbeitete hier für einen Unternehmer. Er lieferte seine Ware in bestimmten Zeitparcels ab und erhielt Lohn und neue Aufträge. Ebenso war es mit den anderen Berufen in der Textilindustrie. Wir sehen also, daß er schon im Dienste eines anderen stand, der mehr Geld und auch mehr Kenntnisse hatte. Das war vor 100 bis 120 Jahren. Die Zeit der Zünfte, wo das Weben noch als Kunsthandwerk galt, war also auch da schon vorbei. Eine der bestangehenden Zünfte war immer die Weberzunft, und die Stadt Brügge in Flandern kann aus der Blanzzeit der Zünfte noch heute mit Stolz die Weberzunft nennen. Wir haben jetzt ganz kurz gesehen, wie vor 100 und mehr Jahren bei uns gearbeitet wurde. Hausindustrie und ganz wenige kleine Fabriken, das waren die Kennzeichen der Textilindustrie.

Nun kam es aber anders. Der Kapitalismus, der zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Deutschland seinen Einzug hielt, brachte auch in gleichem Maße die Technik mit. Gerade die Textilindustrie, die wohl eine der ältesten Industrien überhaupt ist, hat zuerst auch sich auf die moderne Technik umgestellt. Im Jahre 1808 kam die erste Flachspinnmaschine nach Deutschland, aber im Jahre 1837 gab es erst fünf mechanische Spinnereien mit zusammen 10 300 Spindeln, 1846 war ihre Zahl auf 14, diejenige der Spindeln auf 45 000 gestiegen (davon in Schlesien 48 133), Anfang der 1850er Jahre setzt von Reben (Statistiker) die Spindelzahl auf 65 000 an. Für die gleiche Zeit berechnet derselbe Statistiker die Menge des verarbeiteten Flach-

ses auf 800 000 Zentner, und daß zu dessen Verspinnung etwa 1,5 Millionen Spindeln erforderlich waren, die also fast alle von hausindustriell beschäftigten Handspinnern gestellt wurden.

Etwas weiter fortgeschritten ist um die Mitte des Jahrhunderts der Zentralisationsprozeß in der Wollgarnspinnerei, die im Anjange des Jahrhunderts offenbar auch noch ausschließlich hausindustriell betrieben wurde. In der genauen Uebersicht, die Krug über die „Fabriken“ des preussischen Staates im Jahre 1802 gibt, findet sich eine einzige Wollspinnerei in Wesel mit 30 Arbeitern. 1846 weist die preussische Fabrikentabelle 419 522 Feinspindeln in Streichwollspinnereien und 32 470 in Kammgarnspinnereien auf, was doch sicher auch erst ein kleiner Teil der Gesamtspindelzahl war.

Dagegen scheint die Baumwollspinnerei in Deutschland frühzeitig, vielleicht von Anfang an, fabrikmäßig betrieben worden zu sein. Im Jahre 1802 gab es im ganzen Staate Preußen freilich erst eine Baumwollspinnerei (in Schermbach) mit 190 Arbeitern. 1846 in Preußen jedoch schon 153 Baumwollspinnereien mit 170 433 Spindeln, der Zollverein dagegen hatte 313 Spinnereien mit 750 274 Feinspindeln und 2397 Arbeitern. Wie sich diese Fabriken und Spindeln auf die einzelnen Staaten verteilen, zeigt folgende Tabelle:

Zur Statistik der Spinnerei und Weberei im Jahre 1846.

Staat	Spinnereien	mit Feinspindeln	auf eine Spinnerei entfallen Spindeln
Preußen	153	170 433	1 114
Sachsen	132	474 998	3 599
Bayern	11	50 533	4 585
Württemberg	12	33 000	2 750
Hessen	2	18 000	9 000
Sachsen	1	1 800	1 800
Kurfürstentum Hessen	2	1 500	750
<b>Zusammen</b>	<b>313</b>	<b>750 274</b>	<b>2 397</b>

Daß heute kein Lot Garn mehr außerhalb der Fabriken gesponnen wird, bedarf kaum erst der besonderen Hervorhebung. Wenn die Statistik gleichwohl immer noch hausindustrielle „Handspinner“ aufweist, so handelt es sich offenbar in diesen wenigen Fällen nicht um Spinnerei im eigentlichen Sinne, sondern um Spinnerei, Schererei, oder ähnliche Hilfsindustrie in der Textilindustrie.

Viel früher hat sich das Hausgewerbe in der Weberei erhalten. Hier herrscht die hausindustrielle Betriebsorganisation um die Mitte des Jahrhunderts noch in sämtlichen Zweigen vor, in der Seiden- und Leinwandweberei sogar noch fast allein. Die Wollweberei Preußens beschäftigte im Jahre 1846 noch 29 721 Stühle in den Wohnungen der Arbeiter gegen nur 14 237 in geschlossenen Räumen, und diese auch nur überwiegend als Handstühle. Auch hier soll eine Statistik den nötigen Aufschluß geben.

Der preussische Staat besaß im Jahre 1846

Arbeitsstätten	Webstühle mechan.	Handstühle	Arbeiter
<b>Zuchfabriken (1849)</b>	<b>798</b>	<b>494</b>	<b>9 570</b>
Fabriken wollener und halb-wollener Zeuge	294	716	4 110
Seidenfabriken	5	15	43
Leinwandfabriken	20	117	314
Webstühle als Nebenbeschäftigung (teilweise Hausindustrie)	—	—	4 519
<b>Gesamtwert</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>22 967</b>
Stühle (Hausindustrie)	—	—	2 135
Strumpfwereerei	—	—	2 281
<b>Zusammen ohne Zuchfabrik.</b>	<b>319</b>	<b>846</b>	<b>34 088</b>



In der Baumwoll- und Halbwollweberei liefen 71 166 von insgesamt 139 480 Stühlen in den Behausungen der Arbeiter, von den übrigen waren 45 686 Handstühle und nur 2 628 mechanische Webstühle.

In der Seidenindustrie, wie gesagt, war der geschlossene Betrieb noch so gut wie unbekannt, und auch in der Leinenweberei hatte er nur ganz geringe Verbreitung.

Zehn Jahre später (1865), nach Jahren mächtigen Aufschwungs, gab es im Königreich Preußen erst 204 Fabriken für leinene Zeuge mit 8 288 Stühlen, darunter 30 mechanische, daneben jedoch noch 45 921 „gewerbsweise gehende“, d. h. hausindustrielle Stühle.

Der Zentralisationsprozeß ist am Ende des Jahrhunderts auch in der Weberei so gut wie vollendet gewesen. Die Seiden-

weberei ist erst in den letzten Jahrzehnten zum geschlossenen Betriebe fortgeschritten. Von 1882 bis 1895 ist die Zahl der hausindustriellen Seidenweber um 84 881 zurückgegangen, von 1895 bis 1907 ist die Zahl noch einmal um 5 892 gesunken.

Das sind so kurz die Entwicklungszüge der Textilindustrie im Laufe einer hundertjährigen Geschichte. Der Handweber ist durch die fortschreitende Technik hineingedrängt worden in den Fabrikhof, wo Maschinen mit Hilfe seiner Kraft Güter erzeugen, zu welchen ein Weber, Spinner usw. Jahre gebraucht hätte.

Für die Arbeiterschaft ist es wichtig, ein klares Bild über die technische und industrielle Entwicklung zu gewinnen.

S. Durst, Baden.

# Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten in der Textilindustrie

## Arbeitszeitabkommen für Westfalen.

Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Darüber hinaus können vom Arbeitgeber pro Woche drei Stunden angeordnet werden.

Im Einverständnis mit der Betriebsvertretung können mehrere Ueberstunden vereinbart werden, die gleichfalls mit 25 Proz. Zuschlag zu vergüten sind. Kommt eine solche Vereinbarung nicht zustande, so hat das Tariffchiedsgericht nach § 15 der Geschäftsordnung innerhalb drei Tagen zu entscheiden.

Bis zur Entscheidung durch das Tariffchiedsgericht ist zunächst die angeforderte Ueberarbeit zu leisten.

Wochenlöhner, wie Seizer, Pfortner und Wächter haben außerhalb der für den Betrieb geltenden Arbeitszeit wöchentlich 6 Stunden Mehrarbeit zu leisten. Die Kutcher haben für die Pferdepflege im gleichen Umfange wie Abs. 1 Mehrarbeit auszuführen.

Die in Abs. 1 und 2 genannten Wochenlöhner erhalten von der 49. Stunde an einen Zuschlag von 25 Prozent. Die Wächter und Pfortner mit der Maßgabe, daß der Zuschlag ab der 52. Stunde eintritt.

Die Berechnung des Zuschlages von der 49. Stunde ab erfolgt auf der Grundlage von 1/53 des Wochenlohnes.

Die Berechnung des Lohnes derjenigen Wochenlöhner, die in den obigen Ziffern nicht genannt sind, erfolgt auf der Grundlage der 48-stündigen Wochenarbeitszeit.

Für Nacharbeit (außer bei Schichtwechsel) und für Sonntagsarbeit ist ein Zuschlag von 50 Prozent zu gewähren. Als Nacharbeit gilt die Arbeit, die zwischen 7 Uhr abends und 5 Uhr früh geleistet wird.

Für Nacharbeit im Schichtwechsel ist ein Zuschlag von 15 Prozent zu gewähren.

Das Abkommen gilt ab 1. Juli 1927 bis 30. Juni 1928.

Erklärungsfrist: 8. Juli 1927, mittags 12 Uhr. NB. Abschluß 1. 8. Schiedsgericht. Erklärungsfrist der Parteien 8. Juli, mittags 12 Uhr. Ueber Annahme oder Ablehnung der Parteien erfolgt nach Mitteilung.

Abschluß 2 und 3 sind Vereinbarungen.

## Bergütung für Ueberarbeit in der niederrh. Sammel- und Verebelungsindustrie.

Am 4. Juli fanden mit dem Arbeitgeberverband für den Kreis Kempen Verhandlungen über die Zuschläge für die Mehrstunden über 48, ab 1. Juli statt. Folgende Vereinbarung wurde in fast 4-stündiger Verhandlung getroffen:

Unter Beibehalt des alten Arbeitszeitabkommens werden ab 1. 7. bis 1. Oktober 22,5 Prozent, ab 1. Oktober bis 31. Januar 1928 25 Prozent Zuschlag von der 49. bis 54. Stunde gezahlt.

Diese Vereinbarung hat Gültigkeit für die Verebelungsbetriebe und für die Sammelbetriebe mit Ausrüstung.

Für die Aachener Textilindustrie wurde am 30. Juni 1927 folgendes Mehrarbeitszeitabkommen getroffen:

„Wo nach Ansicht der Betriebsleitung aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen länger gearbeitet werden muß, ist im Einverständnis mit Betriebsleitung und Arbeiterrat von der gesamten Belegschaft, einzelnen Abteilungen, Gruppen oder Arbeitern Mehrarbeit bis zu 8 Stunden in der Woche zu leisten.“

Jede dieser Ueberstunden wird mit 25 v. H. zum Lohn vergütet. Als Berechnungsgrundlage für die Ueberstundenbezahlung gilt die 48-stündige Arbeitswoche. Erst von der 49. Stunde ab sind die im § 2 Abs. 1 vorgesehenen 25 Prozent zu zahlen. Hier- von sind ausgeschlossen alle gesetzlichen Feiertage, die für die Berechnung als Arbeitstage anzusehen sind.

Mehrarbeit ist nicht auf den Samstagmittag zu legen. Wo in der Ueberstundenfrage zwischen Betriebsleitung und Arbeiterrat eine Einigung nicht zustande kommt, entscheidet auf Antrag das Tariffcheidungsamt innerhalb 48 Stunden endgültig.

Protokollnotiz: Zu der Aenderung des § 2 der Gesamtvereinbarung des Arbeitgeberverbandes der Textilindustrie zu Aachen einerseits, dem Christlichen Textilarbeiterverband, dem Deutschen Textilarbeiterverband und dem Gewerbeverein der Textilarbeiter S. D. andererseits vom 30. Juni 1927 wird hier folgende Protokollnotiz festgelegt:

„Es entspricht nicht dem Sinne dieser Vereinbarungen, wenn die 48-stündige Arbeitswoche auf weniger als auf die im § 1 der Gesamtvereinbarung vom 30. 6. 24 vorgesehenen Arbeitsstunden verteilt wird.“

## Wo bleibt die Betriebsdemokratie?

### Zur Arbeitszeitregelung in der niederrheinischen Textilindustrie.

Am 31. Mai war das Arbeitszeitabkommen mit dem Schutzverband niederrheinischer Seidenwebereien, Sitz M.-Gladbach, abgelaufen. Die Kündigung erfolgte nicht deshalb, um möglichst schnell in den Genuß prozentualer Zuschläge für eine über 48 Stunden hinausgehende Mehrarbeit zu kommen. Weit idelerere Gründe waren es, die dazu Veranlassung gaben. Die Absicht, ohne Arbeitszeitabkommen weiter zu arbeiten, wurde arbeitgeberseits durchkreuzt. Mit einer gesetzlichen Arbeitszeitregelung, entsprechend dem Rotgesetz, waren die Arbeitgeber nicht einverstanden. Sie verlangten, daß der § 5, der die Möglichkeit einer tarifvertraglichen Mehrarbeit zulaßt, Anwendung finde. Diefür halfen die Gewerkschaften zu Verhandlungen geladen.

Bei Kündigung des Arbeitszeitabkommens waren, weil ohne Tarifvertrag weitergearbeitet werden sollte, neue Vorschläge für eine tarifvertragliche Regelung nicht gemacht worden. Die ersten Verhandlungen konnten daher zu keinem Ergebnis führen. Es wurde vielmehr nur gegenseitig Fühlung genommen, um zu erfahren, was die Parteien wollten.

Die Aussprache endete mit dem Vorschlag, das gekündigte Arbeitszeitabkommen auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Für den Monat Juni sollte für die Mehrstunden über 48 hinaus ein Zuschlag von 15 Prozent gezahlt werden. Der Vorschlag sollte den Arbeitern vorgelegt werden. Gleichzeitig wurden neue Verhandlungen auf Montag, den 23. Mai, angesetzt.

Arbeitnehmerseits erfolgte Ablehnung. Da arbeitgeberseits ein Abkommen verlangt wurde, mußten von uns Vorschläge gemacht werden, die den Arbeitgebern bei der nächsten Zusammenkunft unterbreitet werden sollten. Ob die Arbeitgeber der Auffassung gewesen sind, daß ihr Vorschlag angenommen werde, ist uns nicht bekannt. Jedenfalls hatte man der Verhandlung am 23. Mai keine große Bedeutung beigemessen. Nur einige nicht autorisierte Arbeitgeber waren erschienen. Den Arbeitgebern wurde erklärt, dem Abschluß eines Arbeitszeitabkommens stattzugeben, wenn:

1. die regelmäßige tägliche Arbeitszeit von Montag bis Freitag achteinhalb, Samstags fünfeinhalb Stunden betrage;
2. die Zustimmung der Arbeiterräte für die Mehrstunden über 48 gemährt werde;
3. die Mehrarbeit über die täglich festgesetzte Arbeitszeit als Ueberstunden gelten, und
4. die tarifliche Arbeitszeit die höchstzulässige Arbeitszeit sei und unter Berufung auf andere gesetzliche Bestimmungen nicht länger gearbeitet werde.

In Mehrstunden und in der Höhe der Zuschläge sollte mit Rücksicht auf die Lage der Wirtschaft weitgehendstes Entgegenkommen gezeigt werden, wenn unsern Wünschen unter 1 bis 4 Rechnung getragen würde.

Wieder kam das Angebot, das gekündigte Arbeitszeitabkommen zu verlängern. Unsere Forderungen konnten ohne Anhörung der beteiligten Arbeitgeberverbände nicht zugestimmt werden. Neue Verhandlungen wurden auf Montag, den 30. Mai, angesetzt.

Die Verhandlungen am 30. Mai schienen Klarheit schaffen zu wollen. In großer Zahl waren die Arbeitgeber erschienen. Die Zustimmung der Arbeiterräte für die Mehrstunden über 48 mar das Streitobjekt. Nicht der Arbeiter leitet den Betrieb, sondern der Arbeitgeber. Nicht der Arbeiter kann beurteilen, wie lange gearbeitet werden muß, sondern nur der Arbeitgeber. Nicht der Arbeiter trägt den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung, sondern der Arbeitgeber. Nicht der Arbeiter hat das Recht, die Arbeitszeit festzusetzen, sondern einzig und allein steht dieses Recht dem Arbeitgeber zu. So lauteten die Einwände, die arbeitgeberseits gegen die Rückstimmung ins Feld geführt wurden.

Die Arbeitgeber hatten während der Verhandlungen durchblicken lassen, daß zum mindesten bis Oktober 54 Stunden gearbeitet werden müsse. Ihre Kalkulationen seien darauf eingestellt. Damit haben die Arbeitgeber den Beweis erbracht, daß die abgeschlossenen Arbeitszeitabkommen von ihnen mißbraucht worden sind. Grundsätzlich sieht das gekündigte Abkommen 48 Stunden wöchentlich vor. Wo wirtschaftliche und technische Erfordernisse vorliegen, können auf Anordnung des Arbeitgebers 6 Mehrstunden gearbeitet werden. Aus der grundsätzlichen 48-Stundenwoche wurde die 54-Stundenwoche gemacht. Damit noch nicht genug. Für die Arbeitszeit über 54 Stunden waren weitere Wege offen. Man wandte sich an die Gewerbeinspektion oder an die Regierung in Düsseldorf, um die in der Gewerbeordnung vorgesehene 10-stündige Arbeitszeit bemilligt zu bekommen. Wenn auch im Schutzverband niederrheinischer Seidenwebereien von dieser Maßnahme wenig Gebrauch gemacht wurde, so haben die übrigen Arbeitgeberverbände dieses Mittel in Fülle angewandt. Leider hat die Regierung in Düsseldorf in viel zu großem Maße den Anträgen der Arbeitgeber stattgegeben.

Dem Wunsche der Arbeitgeber, ihre auf die 54-Stundenwoche kalkulierten Aufträge fertig zu stellen, sollte stattgegeben werden. Die Arbeitgeber waren abgetreten, um über die Zustimmung nochmals zu beraten. Auch unsererseits wurde beraten. Nunmehr wurde den Arbeitgebern folgender Vorschlag unterbreitet:

1. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Sie wird wie folgt auf die einzelnen Wochentage verteilt: Montag bis Freitag einschließlich achteinhalb Stunden, Samstags fünfeinhalb Stunden, Samstags Schluß 12,30 Uhr.
2. Mit Zustimmung des Arbeiterrats kann täglich mit Ausnahme des Samstags eine Stunde länger gearbeitet werden.
3. Die Arbeit ist als Mehrarbeit zu bemerten, die über die täglich regelmäßig festgesetzte Arbeitszeit hinaus gearbeitet wird.
4. Die wöchentliche 48-stündige Arbeitszeit, zugänglich der vereinbarten Mehrarbeit ist die höchstzulässige Arbeitszeit.
5. Für die Mehrarbeit ist ein Zuschlag zu zahlen und zwar ab 1. Juni 15 Prozent, ab 1. August 20 Prozent, ab 1. Oktober 25 Prozent.
6. Diese Vereinbarung tritt ab 1. Juni 1927 in Kraft und kann nur mit monatlicher Frist, erstmalig zum 31. Januar 1928, gekündigt werden.

Der Herr-im-Hause-Standpunkt der Unternehmer ist zu stark eingetreten. Die Zustimmung des Arbeiterrats für die Mehrstunden, die Begrenzung der Arbeitszeit auf den Tarifvertrag wollten sie unter keinen Umständen zugeben. Sie schlugen erneut eine Verlängerung des gekündigten Arbeitszeitabkommens vor. Dem wurde nicht stattgegeben. Die Verhandlungen waren erledigt.

## An meine Mutter

Ich hätte gern ein schönes Lied gemacht  
Von deiner Liebe, dein treuen Besse;  
Die Gabe, die für andere immer wach,  
Hätt ich so gern gewacht zu deinem Preise.

Noch wie ich auch gefassten mehr und mehr,  
Und wie ich auch die Reime mochte stellen,  
Des Herzens Fluten wälzten drüber her,  
Zerporien mir des Liedes jarte Wellen.

So nimm die einfach schlichte Gabe hin,  
Nur einfach ungeschmücktem Wort getragen,  
Und meine ganze Seele nimm darin!  
Wo man am meisten läßt, weiß man nicht viel zu sagen.  
Annette v. Droste-Hülshoff.

## Dichter und ihre Mütter

Von Hans Gäßgen.

„Von Vater erbt ich die Statur, des Lebens ernstes Führen, vom Mütterchen die Frohnatur, die Lust zu fabulieren“ — wer kennt nicht diese Verse, in denen Goethe das Erbteil, das er von Vater und Mutter übernommen hat, so kurz und prägnant kennzeichnet? Doch nicht von der „Frau Rat“ soll im Folgenden gesprochen werden; sie und ihre innigen Beziehungen zu ihrem Sohne sind zu bekannt, als daß es angebracht wäre, hier wiederum davon zu erzählen. Weniger wissen die meisten schon von Elisabeth Dorothea Rodweß, der Mutter Schillers. Eine echte Schwabensche ist sie gewesen, reich begabt mit Kräften des Gemüts. Für Boesje und Musis hatte sie reiches Verständnis, so daß ihre Einwirkung auf den heranwachsenden Knaben naturgemäß bedeutungsvoll sein mußte. Vor Schillers Vater von herber Strenge, so gewann die Mutter kraft ihrer feilschen Gaben auf den sich entwickelnden Dichter größten Einfluß. Bis an ihr Ende — die Mutter starb drei Jahre vor Schiller — nahm sie Anteil an seinem Schaffen und durfte Einblick gewinnen in seine unsterblich gewordenen Werke.

Des Balladendichters Bürger Mutter wird als Frau mit bedeutungsvollen geistigen Anlagen geschildert, denen aber jede Aus-

bildung fehlte. So konnte ihr Einfluß auf den Sohn, der auch in seinem talentlosen Vater keine wesentliche Stütze hatte, nicht tief und nachhaltig sein.

Lenau, der große Lyriker, verdankte, wie er selbst erzählt, seiner Mutter das leicht gereizte Gemüt und die rafflos schwebende Phantasie. Jahrelang hielt er am Lager der dahinsiechenden Mutter die Wache. Tief litt er unter dem Weiden der geliebten Frau, nach deren Tode die Melancholie sich immer fester eintraß in seine Seele. In einem Gedicht, das seiner Mutter geweiht ist, heißt es:

„Mensch, du, stieh mit deinem Schmerz  
An die heimlichste Stelle,  
An des Trostes reinste Quelle,  
Flüchte an das Mutterherz! —  
Doch die Mütter sterben bald;  
Hat man dir begraben deine,  
Flüchte in den tiefsten Wald  
Mit dem wunden Reiz — und weine!“

Obwohl aus einfachen Kreisen stammend — sie war die Tochter eines Hufschmiedes — besaß Herders Mutter eine ansehnliche Bildung und hohe Gaben des Gemütes. Auch sie milderte die Strenge des Vaters, der oft recht hart mit seinen Kindern umging. Tiefe Religiosität war der Frau eigen, deren sanfte, stille Seele wie ein mildes Licht über dem Leben Herders glühte. Bei der Ankunft von Justus Körners Mutter als Braut in Ludwigshurg sang der Dichter Schubert:

Die Nachtigall sang froh dazu:  
„Wie schön bist du! Wie schön bist du!“

Auch Körner selbst bezeichnete seine Mutter als Frau „von nicht gewöhnlicher Schönheit“. Untermüdigkeit unter den Willen des Vaters zeichnete ihr demütvolles Leben aus. Ihn bei guter Laune zu halten, alle Steine aus seinem Wege zu räumen, galt ihr als oberste Pflicht. Sie lebte völlig in einer Welt des Gefühls; ihm entgegen alle ihre Handlungen.

„Innig waren die Bande, die Rosalis (Friedrich von Hardenberg) an seine Mutter fesselten, die eine Herrscherin und von noch höherer Frömmigkeit war. Innerlich weich, wußte sie sich nach außen wunderbar zu beherrschen und ertrug tiefes Leid in stiller Ergebung. Der oft auf Reisen abwesende Vater des Dichters, der ein abgewandtes kühles Kind war, vermochte sich wenig um die Erziehung zu kümmern. Die Hauptaufgabe fiel daher der

Mutter zu, zu der Rosalis eine grenzenlose Liebe in sich trug. In allen Werken des Dichters vermögen wir das weiche, selbstsam jarte Wesen der Mutter wiederzuerkennen.

Einige Große herauszugreifen und in aller Kürze von ihren Beziehungen zu den Frauen, die ihnen das Leben gaben, zu sprechen, war Absicht dieser Zeilen. Ein bei weitem nicht restlos erschlossenes Gebiet der Literaturgeschichte wurde damit betreten. Auch aus diesen knappen Ausführungen dürfte klar gemordet sein, wie innig in den meisten Fällen die Bande sind, die Mutter und Sohn aneinander fesseln, wie tief und nachhaltig die mannigfachen Gaben wirken, welche die Dichter von ihren Müttern empfangen.

## Der toten Mutter

Von Karl Ruffe.

Mich grämt es so — die halbe Nacht  
Hab ich an eines nur gedacht:  
Daß jene Frau, die mich gewiegt,  
So weit in fremder Erde liegt.

Sie trug viel Not und Herzeleid,  
Rauh Linnen war ihr letztes Kleid.  
Wie könnt' ich, wüß' sie heut' erwachen,  
Ihr Leben so viel wärmer machen!

Nun liegt, ganz ohne Schmuck und Stein,  
Ihr Hügel in den langen Reih'n.  
Sie schläft, verlassen und verloren,  
Und hat drei Kinder doch geboren.

Ich glaub' sie wartet Tag um Tag,  
Ob keiner von uns kommen mag.  
Sie wüß' uns schon am Schrittl erkennen  
Und heimlich unsern Namen nennen.

— Doch Jahre gehn, der Platz bleibt leer,  
Gräber wuchern um ihn her.  
Das Grab zerfällt, und ich bin froh  
Und fern und fremd — das grämt mich so!



Nunmehr war Holland in Not. Am Dienstag, den 31. Mai, tritt tariflos in Kraft. Die Betriebe müssen vor Erschütterungen bewahrt bleiben. 6 Uhr abends ist schon Termin angesetzt auf Mittwoch, den 1. Juni. Nur fünfzehn Stunden bedurfte es, um den Schlichtungsausschuss mobil zu machen.

Doch hatten die Arbeitgeber die Rechnung ohne die Arbeiterschaft gemacht. Noch während der Verhandlungen am Mittwoch lief die Mitteilung ein, daß die Arbeiter mit achteinhalb Stunden den Betrieb verlassen hätten. Auch vor dem Schlichtungsausschuss drehte sich der ganze Verhandlungsgegenstand um die Zustimmung der Arbeiterräte für die Mehrarbeit. Die Sitzung schien für die Arbeitgeber ungünstig zu verlaufen. Sie beantragten Vertagung, um die Frage nochmals in ihren Kreisen zu beraten. Neuer Termin wurde auf Donnerstag, den 9. Juni, angesetzt.

Bei diesem Termin war der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses schwer erkrankt. Da von Arbeitnehmerseite der Versuch gemacht wurde, ohne Schlichtungsausschuss in freier Vereinbarung eine Einigung zu erzielen, waren die Arbeitgeber stark vertreten. Die Verhandlungen drehten sich wiederum um die Zustimmung der Arbeiterräte für die Mehrstunden über 48. Wir verpflichteten uns, wenn die Zustimmung der Arbeiterräte im neuen Abkommen aufgenommen würde, praktisch bis zum Januar 1928 davon keinen Gebrauch zu machen; d. h. bis zum 1. Januar soll in allen Fällen 53 Stunden gearbeitet werden. Des weiteren waren wir bereit, von der Bestimmung unter Ziffer 4 Abstand zu nehmen. Doch alles Entgegenkommen war nutzlos. Kein Verständnis für die Mitbestimmung der Arbeiterräte war auf Arbeitgeberseite vorhanden. Die Verhandlungen endeten wiederum mit dem Vorschlag der Arbeitgeber: Verlängerung des gekündigten Abkommens bis zum 30. September 1927. Mittlerweile war der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses wieder genesen. Unter seinem Vorsitz fand am 17. Juni erneute Verhandlung statt. Auch diese Verhandlung zeigte, wie mit allen Mitteln versucht werden sollte, den Schlichtungsausschuss von dem „unbotmäßigen Verlangen“ der Arbeitnehmer, mitzubestimmen über die Mehrarbeit, zu überzeugen. Daß in den Vorverhandlungen keine Einigung zustande kam, war vorauszusehen. So mußte die Regelung der Arbeitszeit dem Schlichtungsausschuss überlassen werden. Nach längerer Beratung wurde folgender Spruch gefällt:

Schiedsspruch.

Ab 1. 6. 1927 gilt folgendes Arbeitszeitabkommen:

1. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Wo nach Ansicht der Betriebsleitung aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen länger gearbeitet werden muß, ist nach vorheriger Mitteilung an den Betriebsrat auf Anordnung der Betriebsleitung von der gesamten Belegschaft, einzelnen Abteilungen, Gruppen oder Arbeitern Mehrarbeit bis zu fünf Stunden in der Woche zu leisten.

Die Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage regelt die Betriebsleitung unter Mitwirkung des Arbeiterrats. Erfolgt keine Verständigung, so ist der Anordnung der Betriebsleitung zunächst Folge zu leisten. Der Arbeiterrat kann zur endgültigen Entscheidung den paritätischen Fachschlichtungsausschuss anrufen.

Für die 49. bis 53. Arbeitsstunde wird ein Zuschlag von 20 Prozent, für die 54. und die folgenden Stunden wird ein Zuschlag von 30 Prozent gezahlt.

Der Samstag ist ab 1,30 Uhr frei zu halten. 2. Bei einer verkürzten Wochenarbeitszeit unter 48 Stunden beträgt die tägliche Arbeitszeit höchstens achteinhalb Stunden.

3. Ueberstunden, die über die 53 Stunden in der Woche hinaus geleistet werden, sind mit dem Betriebsrat zu vereinbaren. 4. Die Arbeitszeit der Arbeiter anderer Berufe, welche trotz ihrer Beschäftigung in einem Textilgewerbe nach ihrem Spezialtarif entlohnt werden, richtet sich ebenfalls nach ihrem Spezialtarif.

5. Das Abkommen gilt auf unbestimmte Zeit und kann mit einmonatlicher Frist, erstmalig zum 31. Mai 1928 gekündigt werden.

Erläuterungsfrist bis zum 27. Juni, 12 Uhr mittags.

M. Gladbach, den 17. Juni 1927.

Was lehrt uns diese Bewegung? Die Verhandlungen haben klar und deutlich gezeigt, wie von Arbeitgeberseite krampfhaft gerungen wird, der Arbeiterschaft die Mitbestimmung im Betriebe zu verwehren. Du bist Arbeiter, ich Arbeitgeber bin dein Herr. Der Herr besichtigt seinem Knecht, der Knecht hat zu gehorchen. Von dieser Einstellung wollen die Arbeitgeber nicht herunter. Unterstützt werden dieselben von ihren Südbis.

Mit allem Nachdruck wurde in den Verhandlungen betont, ohne Mehrarbeit über 48 Stunden nicht auskommen zu können. Die Arbeitgeber haben aber selbst den Beweis erbracht, daß die Mehrarbeit nicht unbedingt notwendig ist. Ab 1. Juni wird in allen Betrieben des Schutzverbandes nur 48 Stunden gearbeitet. Die Gewerkschaften waren bereit, Mehrarbeit bis 53 Stunden zuzugeben. Auf diese Mehrarbeit nach dem 1. Juni, ist aber arbeitgeberseits verzichtet worden.

Einen Monat hindurch ist man schon mit der 48-stündigen Arbeitswoche ausgekommen. Wäre der Wille zur kürzeren Ar-

beitszeit vorhanden, so brauchten wir kein Abkommen über Mehrarbeit. Der Monat Juni hat den Beweis erbracht, daß man auch mit einer kürzeren Arbeitszeit die Bedürfnisse des Betriebes und der Wirtschaft befriedigen kann.

Rationalisierung in der Textilindustrie

In der Nummer 25 unserer Textilarbeiter-Zeitung brachten wir einen Aufsatz unter der gleichen Ueberschrift und forderten unsere Mitglieder, vor allem die Betriebsvertreter, auf, sich dazu zu äußern.

Als erster nimmt der Kollege Peter Lappessen, der Betriebsratsvorsitzende in einer Tuchfabrik in M. Gladbach, dazu Stellung. Er schreibt:

„In bin inbezug auf die Rationalisierung ganz anderer Meinung als wie es in dem Artikel Nr. 25 vom 18. Juni 1927 unserer Verbandszeitung zum Ausdruck kommt. Ich kann mich am besten verständlich machen, wenn ich die Verhältnisse in meinem Betriebe, wie sie sich seit meiner Tätigkeit als Betriebsrat gestaltet haben, darstelle.

Vor zwei Jahren trat ich als Weber in den betreffenden Betrieb ein. Die tarifliche Arbeitszeit betrug 54 Stunden die Woche. Wie es in dem Betriebe jedoch damit ausfiel, teilweise mit Schuld der Arbeiter, spottet jeder Beschreibung. Es wurde praktisch 60, 70 und mehr Stunden geschafft, trotzdem tausende Kollegen zu der Zeit arbeitslos waren. Für den volkswirtschaftlich denkenden Arbeiter war das ein unhaltbarer Zustand. Mit noch einigen weiterdenkenden Kollegen wurde beschlossen, dies unter allen Umständen zu ändern. In mehreren Verfammlungen war die damals 300 Mann starke Belegschaft endlich soweit ausgerüttelt, daß die Mehrarbeit abgelehnt und verlangt wurde, für Mehrproduktion neue Arbeitskräfte einzustellen. Wenn nötig, durch Einsetzen einer zweiten Schicht. Dieses gelang, wenn auch anfangs mit großen Schwierigkeiten.

Es wurde nun in zwei Schichten gearbeitet. Zuerst mit 54 Stunden, dann 50 und 51 Stunden, und heute arbeiten wir 48 Stunden. Was hat dies nun alles mit der Rationalisierung zu tun?

1. Der Betrieb hat 150 Webstühle mit den dazu gehörigen Vorbereitungs- und Ausrüstungsmaschinen. Dafür werden 350 Arbeiter und Arbeiterinnen benötigt. Wo die Maschine nun sonst 60-70 Stunden produzierte bei einem Arbeiter, geht es jetzt 96 Stunden mit zwei Arbeitern.

2. Durch diese Rationalisierung wird mehr und bedeutend billiger produziert, und es werden mehr Arbeitskräfte dem Erwerbsebenen zugeführt, sowie die öffentliche Fürsorge entlastet.

Es wird mehr produziert und billiger, weil die Geschäftskosten am Erzeugnis bedeutend sinken. Dieses gibt die Möglichkeit, die Ware billiger zu verkaufen, mit anderen Worten: Wir sind auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähig. Auf der andern Seite ist es möglich, den Arbeitslohn zu erhöhen. Daß besonders letzteres geschehen ist, dafür ist im Betriebsrat gefogt worden. Heute stehen wir im Bezirk an erster Stelle. Zudem haben wir bis Herbst 1928 die Zahl der Webstühle von 150 auf 250 gebracht, ebenfalls schon eine Reihe alter Maschinen durch neue ersetzt.

Dieses nenne ich Rationalisierung für die Textilindustrie, bei welcher auch der Arbeiter zu seinem Recht kommt.

3. Nun noch etwas zum vorletzten Absatz betrefss Lehrlingsausbildung. Das ist für die Textilindustrie noch ein sehr wunder Punkt.

Wenn da gesagt wird, daß die Fabriken neue Anwärter nicht mehr einstellen, so darf man behaupten, daß kurzfristige Unternehmer dies tatsächlich tun. Ob aber eine weitere Mechanisierung dem dadurch später eintretenden Facharbeitermangel abhelfen kann, wage ich zu widersprechen. Zum wenigsten beim Tuchmacher. Denn um ein Stück Qualitätsstoff herzustellen, was den heutigen Anforderungen genügt, ist ein Weber an einer Maschine voll und ganz in Anspruch genommen.

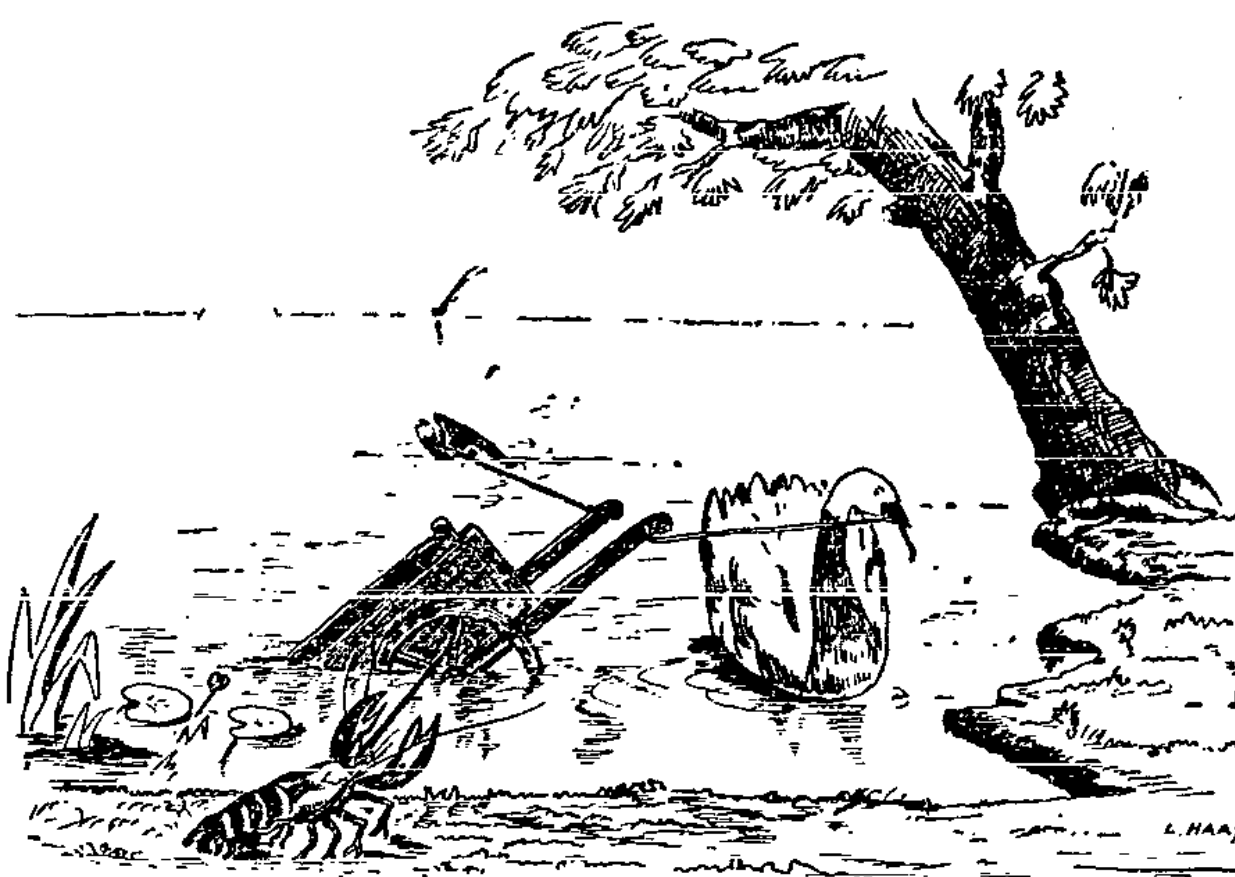
Aber jetzt ist ja schon ein Mangel an geübten Fachkräften vorhanden. Diesem Uebel abzuhelfen ist die Pflicht jeden verantwortlichen Staatsbürgers, ob Unternehmer oder Arbeiter.

Aus diesem Grunde ist es an der Zeit, daß die Gewerkschaften mit den Unternehmerverbänden Lehrlingsverträge vereinbaren. Diese müssen eine bestimmte Lehrzeit in der Textilindustrie vorsehen mit Prüfungsabschluss.

Nur so ist es möglich für die Zukunft, daß die deutsche Textilindustrie wieder Weltruf erlangt. An erster Stelle, was Qualitätsware betrifft. Peter Lappessen.

Der Schwan, der Hecht und der Krebs

Eine russische Fabel von J. Krylow.



Wenn Kameraden zankend sich verschreien, Kann ihre Sache niemals gut gelthen, Sie wird vielmehr zur großen Qual. Es war einmal: Ein Schwan sah mit gelindem Schreden Im Teichschlamm einen Karren stecken. Drum sprach zum Krebs er und zum Hecht: „Wir wollen mit vereinten Mähen Den Karren aus dem Schlamm ziehen. Ist euch das recht?“ — „O ja, das ist ein feiner Plan!“ — Bald zogen Hecht und Krebs und Schwan Mit aller Kraft je ihren Strid. Hopp! Da zog der Krebs zurück, Und weil der Hecht zur Tiefe zog, Der Schwan jedoch nach oben flog, Blieb ihre Arbeit ohne Zweck. Der Karren steht noch jetzt im Dred! Uebersetzen von Viktor Kalinowski.

Der Fragebogen

Joä Leser sah nachdenklich vor ihrem Fragebogen. Ihr Alter hatte sie bereits darauf eingetraget. Nun die Frage nach der Dauer ihrer Zugehörigkeit zum christlichen Verband.

Das war schon eine Reihe von Jahren her, seit sie als junges Mädchen beigetreten. Genau wußte sie's nicht, da mußte sie schon im Mitgliedsbuch nachschauen.

Sie sah das Datum ihres Eintritts darin verzeichnet und sann nach.

Fast zwanzig Jahre also gehörte sie der christlichen Gewerkschaft an. Wie die Zeit doch vergeht.

Draußen ging ein Regen nieder. Grau und eintönig tropfte es von den Dächern. Ein Schlot hing hoch seine schwarze Rauchfahne darüber, die wackelte schwer und mäßig, und Regen und Wind hielten sie nieder.

Joä Leser seufzte. Eigentlich war doch Sommerzeit, aber es regnete beständig.

Da hob im Nebenzimmer ein helles Mädchenlachen an. Wie das lachte und klang und den Regen vergessen machte.

Das war die Erika, ihre Nichte, ihr blonder Liebling, der da sang.

Joä lächelte, trug ihren Beitrag ein, machte hinter Beschlecht und Religion das gewünschte Merkzeichen und sagte leise für sich hin: „Singe, Kind, du hast ja recht: „Roch sind die Tage der Rosen.“ Nun sah sie sich die vielen Industriezweige der Textilbranche an. Ach, das waren vertraute Worte: Spinnerel, Weberei, Riemenweben und Wirken. Und Wolle und Baumwolle, Flachs und Leinen war viel durch ihre Hand gegangen. Arbeitete sie doch seit langem schon in einer Bandfabrik.

Zur Zeit, als sie Gewerkschaftlerin wurde, waren breite, seidene Treppen Modeartikel gewesen. Kunstvolle Bänder mit reizenden Mustern kamen dazu.

Damals war's, in der eigenen Rosenzeit.

Wie schnell die Jahre gingen. Es kam der Krieg. Wäre im Verlauf des letzteren so ein Fragebogen aufzustellen gewesen, so hätte hinter jedem der angeführten Industriezweige das harte, eisenschwere Wort: „Munition“ stehen müssen.

Joä Leser fröstelte es. Ein Windstoß hatte das Fenster im Zimmer aufgeworfen.

Als sie es schloß, kam sie am Spiegel vorbei. Sie sah flüchtig hinein.

Sie war gewiß nicht eitel und wußte auch, daß man ihr ganz gewiß ihre vierzig Jahre anjah.

Und doch war sie heute hübscher anzuschauen wie im Verlauf der Kriegszeit.

Damals hatten die Dämpfe und Gase des Munitionsbetriebes, in dem sie schaffte, ihr allmählich Gesicht und Hände und Haare gelblich-grün gefärbt. Aber das war nicht das Schlimmste gewesen. Ihr einziger, jungverheirateter Bruder kämpfte da draußen.

Pflichtlich blieb jedes Lebenszeichen von ihm aus. Die eigenen Postfächer kamen mit dem Vermerk „Vermiss“ zurück.

Er blieb es bis heute.

Joä zog mit der jungen untröstlichen Schwägerin zusammen und half in der knappen Freizeit Klein-Erika betreuen. Die wurde ihr ganz zu eigen, als nach ein paar Jahren die junge Frau starb. Dem Warten, Sehnen und der schmerzlichen Arbeit war deren schwaches Herz nicht gewachsen gewesen.

Jetzt war Erika bereits erwachsen und schon selbst Gewerkschaftlerin.

Da lag ihr Fragebogen ausgefüllt mit flotter Steilschrift. Gut, daß man Gewerkschaften hatte, sie wirkten in ihren Jugendgruppen durchaus erzieherisch auf so ein junges Menschenkind.

Joä Leser dachte es dankbar.

Zuminst, als sie noch allein wohnte, war sie im Gewerkschaftsleben mit tätig gewesen. Zur Zeit der Mannnot, im Kriege, hatte sie einen Vertrauensposten im Verband bekleidet, war Zeitungen rundtragen und werben gegangen. Heute machte Erika — deren helles, lustiges Aussehen unterbrach ihren Gedankengang. Und schon wirbelte sie zu ihr herein, schwenkte die Verbandszeitung und rief: „O Tante, das ist zum Kugel!“

Damit unterbreitete sie ihr das Blatt mit dem humorvollen Text: wo der Jupp auf seinem Fragebogen Alter und Geschlecht angegeben vermissen hat und nun meint, man würde ihn an der Zentrale für „en skön jong Mädchen“ halten. Die beiden Frauen lachten herzlich.

„Und erst das drollige Bildchen dazu“, sprudelte Erika.

Joä Leser sah es sich an, und alte Erinnerungsbilder wurden wach.

Ja so, genau solchen Typen war sie oft auf dem Verhandlungsbüro begegnet. Abends, wenn sie nach vollbrachtem Tagewerk sich berieten und rauchten und lachten, wenn der Kollege Karl zu so jämurrige Einfälle hatte.

Pflichtlich rief Erika: „Sieh mal, nun wär' es dir bald wie dem Jupp ergangen. Alles steht auf deinem Bogen, aber dein Name fehlt.“

Und Joä, im Frohgefühl ihrer Zugehörigkeit zur Gewerkschaft, setzte ihn mit fester Hand darauf.

M. Sch.

Die Textilindustrie im Lichte des Jahresberichts des Württembergischen Gewerbeaufsichtsamtes

Die Jahresberichte des Württembergischen Gewerbe- und Handelsaufsichtsamtes enthalten verschiedene Darlegungen, die für die Beurteilung der Verhältnisse in der Textilindustrie von besonderer Wichtigkeit sind. Für die Arbeiterschaft und ihre Vertreter ist ein eingehendes Studium der Jahresberichte von besonderer Wichtigkeit, weil aus ihnen vieles für die Vertretung der eigenen Standesangelegenheiten gelernt werden kann.

Schon in der Einleitung findet sich eine wichtige Mitteilung, die sich zwar nicht allein auf die Textilindustrie bezieht, für sie aber immerhin von besonderer Bedeutung ist. Es wird darauf hingewiesen, daß die im vorjährigen Bericht genannten Anweisungen der württembergischen obersten Gerichtsbehörden an die Staatsanwaltschaften, Beschlagnahmen gegen Arbeitnehmer-schutzvorschriften mit dem erforderlichen Nachdruck zu verfolgen und angemessene Bestrafungen herbeizuführen, nicht ohne Wirkung geblieben sind. Es ist nicht nur das durchschnittliche Strafmaß höher, sondern es sind auch über die bisherigen wesentlich hinausgehende Höchststrafen verhängt worden. Eine besondere Wirkung des Ersuchens des Reichsarbeits- an den Reichsjustizminister, die Länder möchten im Hinblick auf die Verhältnisse



auf dem Arbeitsmarkt die Staatsanwaltschaften anweisen, bei der Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen die Arbeitszeitvorschriften mit aller Strenge vorzugehen, konnte dagegen nicht beobachtet werden. Erst in einem gegen Ende des Jahres angängig gemachten Strafverfahren, in welchem eine Firma angeklagt wurde, welche sich wiederholt Ueberschreitungen der zulässigen Arbeitszeit hatte zuschulden kommen lassen, und bei der neuerdings eine Beschäftigung von Arbeiterinnen über 10 Stunden und nach 8 Uhr abends festgestellt worden war, versuchte die Staatsanwaltschaft im Benehmen mit dem Amtsgericht und unter Anführung von Entlastungsgründen „die Schuld des Täters als gering und die Folgen der Tat als unbedeutend“ (§ 159 Abs. 2 Str. P. O.) anzunehmen, um dann von einer Klageerhebung abzusehen. Das Amt ist der Auffassung, daß diese Milderungsbestimmung der Strafprozessordnung praktisch überhaupt nicht auf Verletzungen gegen die Arbeitszeitverordnung und ähnliche Gesetze angewendet werden sollte, deren Zweck die unbedingte Sicherung sozialer Erzeugnisse für die Arbeitnehmer ist; und was im besonderen die Arbeitszeitverordnung betrifft, so sind im § 11 Abs. 3 der W. O. die nicht strafbaren, wenn auch den Bestimmungen zuwiderlaufenden Handlungen genau aufgezählt.

Ueber die Arbeitszeit hat das Gewerbe- und Handelsaufsichtsamt eine besondere Erhebung veranstaltet, die sich auf die Metall-, Maschinenindustrie, Textilindustrie, Lederindustrie und die Zigarren- und Zigarettenindustrie erstreckte. Es wurden bei dieser Erhebung in der Textilindustrie von 318 vorhandenen Betrieben mit mehr als 50 Arbeitern 89 erfasst. In diesen Betrieben waren 55 682 Arbeiter beschäftigt, wovon 25 425 von der Erhebung erfasst wurden. In den beiden Monaten April und Juli 1926 lag die Wochenarbeitszeit im Durchschnitt unter 48 Stunden. Die Textilindustrie kam überhaupt nicht über 56 Stunden hinaus. Im Oktober dagegen hatten die Metall-, Maschinen- und Textilindustrie im wesentlichen tarifliche Arbeitszeiten zwischen 48 und 56 Stunden, darüber hinaus nur in sehr geringem Umfange. Der Bericht betont dabei, daß die Tatsache, daß im Oktober in der Metall- und Maschinenindustrie 26 v. H., in der Textilindustrie sogar 67 v. H., der erfassten Arbeiter mehr als 48 Stunden wöchentlich beschäftigt waren, die Gegensätze zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Arbeitszeitfrage deutlich erkennen lassen.

Wie sehr manchmal die Arbeiterschaft und selbst ihre betrieblichen Vertretungen einer unsozialen Gestaltung der Arbeitsverhältnisse Vorwurf leisten, geht aus den Darlegungen über die Bekämpfung der Ueberzeitarbeit hervor. Es wird darauf hingewiesen, daß die Arbeitnehmerorganisationen die Ueberzeitarbeit besonders bekämpfen, die über die tarifliche oder gesetzlich ohne weiteres zulässige Zeit, daher über 10 Tage- oder 60 Wochenstunden (für weibliche 55 Wochenstunden) hinausgehen. Das Gewerbeaufsichtsamt hat für 3183 Arbeiter bis zu 58, für 2539 Arbeiter von 58 bis zu 60, für 1426 Arbeiter von 60 bis zu 63, für 820 Arbeiter von 63 bis zu 65 und für 31 Arbeiter für über 65 Wochenstunden hinaus Ueberzeitarbeit bewilligt. Ein einfaches Mittel, diese Zahlen noch stark herabzudrücken, hätte das Amt dadurch in der Hand gehabt, daß es alle Gesuche für Ueberzeitarbeit bis zu 60 Stunden abgelehnt und die Arbeitszeitregelung entsprechend den Tarifen den Beteiligten überlassen hätte. Dann hätten aber die Arbeitszeiten täglich gleich lange Arbeitszeiten, also auch an Samstagen 10 bzw. 8 Stunden gehabt.

Die Abneigung der Arbeiter dieser Regelung gegenüber ging jedoch so weit, daß in einem Fall der Betriebsrat einer größeren Textilfirma, der in Hinblick auf den Tarifvertrag einer Ueberarbeit mit 58 Wochenstunden zugestimmt hatte, noch schriftlich erklärte, die Arbeiterschaft müsse die Mehrarbeit leisten und wolle deshalb auch die für sie passende Zeit selbst bestimmen. Das Amt hat bisher, soweit es von der Notwendigkeit der Ueberarbeit überzeugt war, die Umlegung der Samstagnachmittagszeit auf die übrigen Tage durch die Erteilung von Genehmigungen für eine längere als 10-stündige Arbeit an den übrigen Wochentagen ermöglicht.

Wie sehr auch in der heutigen Zeit noch viele Unternehmungen mit der Arbeitskraft besonders der Arbeiterinnen Raubbau treiben, zeigt ein Vorfall, der sich in einer Spinnanstalt der Oberlandes ereignet hat. Diese Firma war schon im Jahre 1924 wegen Ueberzeit- und Nachtarbeit angezeigt und zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden. Diese Unternehmung hat auch in der Berichtszeit Arbeiterinnen stündlich bis 9 und 10 Uhr nachts und manchmal auch noch länger beschäftigt. Nach den Erfahrungen bei früheren Revisionen dieser Fabrik lag die Befürchtung nahe, daß die Arbeiterinnen die stattgefundenen Nachtbeschäftigung aus Furcht vor Maßregelung nicht zugestehen würden. Es erfolgte daher eine Nachrevision des Betriebes, wobei noch ein Drittel der Arbeiterinnen an den Maschinen angegriffen wurde. Der verantwortliche Betriebsleiter wurde zur Anzeige gebracht. Das Verfahren schwebt noch.

Gegen einen anderen Inhaber einer Textilfirma wurde Strafanzeige erstattet, weil er die gesetzlichen Bestimmungen über die Ruhezeit und über die Arbeitszeit für weibliche Arbeiterinnen trotz mehrfacher mündlicher und schriftlicher Warnung nicht einhielt. Der Unternehmer beschäftigte Arbeiterinnen in Schichtarbeit bis 11 und 12 Uhr nachts. Die Arbeitszeit für weibliche Arbeiter war bis zu 11 1/2 Stunden täglich ausgebeht worden. Das Amtsgericht verurteilte den Unternehmer zu 100 RM. Geldstrafe.

Eine Sonderfrage beschäftigte sich mit der Heranziehung von Arbeitern im Alter von 16 bis 18 Jahren zur Nachtarbeit und die dabei gemachten Wahrnehmungen.

In Württemberg gibt es verhältnismäßig wenige Betriebe mit regelmäßiger Nachtschicht. Es sind dies vor allem die Papier- und Zellulosefabriken, zwei Glashütten, einige Mühlen, ferner Betriebe für die Gewinnung elektrischer Energie mit Dampf- oder Wasserkraft, Gaswerke, sowie Betriebsabteilungen verschiedenster Art, in denen eine Unterbrechung des Arbeitsvorgangs unmöglich oder unwirtschaftlich ist. Zu den letzteren gehören Abteilungen der Gemischen, der Zucker- und Del-fabriken, Kochereien in Ausstattungsanstalten der Textilbetriebe, Zementwerke, Ziegeleien u. a. Für die Benutzung von Dampf-kesseln in diesen Fabriken dürfen nach den schon lange be- stehenden Vorschriften nur Arbeiter mit zurückgelegtem 18. Lebensjahre verwendet werden.

Die Hausarbeit, die ja auch in der Textilindustrie von jeher eine besondere Rolle gespielt hat, ist infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse zurückgegangen. Die Heimarbeiter sind diejenigen, die bei Geschäftsstockungen in erster Linie von Arbeitslosigkeit betroffen werden. In der Perlataschindustrie führte das Fehlen des Absatzes im Inland und das Ausbleiben der Aufträge des Auslandes, besonders Amerikas, das seinen Bedarf in den billiger liefernden Ländern Frankreich und Italien deckte, allmählich zu einer Rahmlegung der Heimarbeiter.

Schlecht war die Beschäftigung auch in der Trikot-, Strickerei-, Wäsche- und Schürzenindustrie und besonders in der Polamenten- und Gardinenindustrie des Oberlandes; eine größere Schürzenfabrik beschäftigte z. B. von früher über 80 Heimarbeiterinnen im letzten Jahr nur noch 4, von den Wäsche-fabriken wurde den ganzen Sommer hindurch überhaupt keine Arbeit ausgegeben. Lange Arbeitszeiten und Nachtarbeit wurden deshalb im Berichtsjahr nirgends beobachtet.

In ganzen wurden im Berichtsjahr 409 Revisionen vorgenommen. Bei 23 Revisionen wurde Kinderbeschäftigung angetroffen. Erhebungen wurden gemacht in der Ziegenfänger-, Perlataschen-, Trikot- und Strickereiindustrie, Arbeitskleider-, Lederhandschuh-, Strohtaschen-, Polamenten- und Gardinenindustrie, in der Herrenkleiderkonfektion und in der Edelmetallindustrie in Gmünd.

### Die Schweizer Konkurrenz des Wuppertales

Die Bandindustrie des Wafeler Bezirks, sowie Färberei und Appretur spielen eine nicht unbedeutende Rolle. Die nord-schweizerische Seidenbandindustrie ist eine ausgesprochene, man kann fast sagen ausschließliche, Exportindustrie. Die Gesamtausfuhr dieser Industrie ist nun ständig zurückgegangen, und zwar von 6912 Doppelzentnern im Jahre 1913 auf 4893 Doppelzentner im Jahre 1925 und 4663 Doppelzentner im Jahre 1926. Dieser Rückgang des Exports um etwa ein Drittel trifft naturgemäß diese reine Exportindustrie außerordentlich stark. In letzter Zeit ist allerdings eine gewisse Belebung des Geschäftes eingetreten. Immerhin dürfte es der Seidenbandindustrie des Wuppertales und des Bergischen Landes doch aus dem Grunde besser gehen, weil sie sich auch auf den Inlandsmarkt stützen kann, denn heute liegen die Verhältnisse im Westen etwa so, daß sich Inlandsabfabrik und Zustandsabfabrik ungefähr die Waage halten. Im ganzen ist in der Wuppertaler Seidenbandindustrie mit einer Erhöhung der Umsätze gegenüber dem schlechtesten Jahre, nämlich 1926, um etwa ein Viertel zu rechnen. Wie man hört, gehen auch einzelne Fabrikanten wieder dazu über, Stühle, die sie früher in der Schweiz aufgestellt hatten, wieder im Wuppertal oder im Bergischen Lande in Gang zu bringen.

Von besonderem Interesse mag noch eine Skizzierung der Entwicklung der Absatzverhältnisse der nord-schweizerischen Band-industrie sein. Der Export nach Frankreich ist nahezu auf dem Nullpunkt angelangt (5 Doppelzentner), während die britischen Bezüge noch etwa fünf Achtel derjenigen von 1913 ausmachen (2561 dz.). Nicht so schlimm steht es mit der Ausfuhr nach Kanada, die von 568 dz. im Jahre 1913 auf deren 229 im Jahre 1925 gefallen, dann aber wieder auf 406 dz. gestiegen ist. Auch der Export nach den Vereinigten Staaten, der während des letzten Vorkriegsjahres 539 dz. betragen hatte, scheint das Minimum von 90 dz. (1925) überwunden zu haben, denn er betrug 1926 immerhin 121 dz. Der Absatz von Schweizer Seidenband in Südamerika ist von 210 auf 177 Doppelzentner zurückgegangen, während andererseits Südafrika, das 1915 nur 18 dz. abgenommen hat, im letzten Jahre deren 129 importierte. Ähnlich ist der australische Stand ein guter Abnehmer geworden: 1013 : 214 dz., 1926 dagegen 832 dz.

Mit der Seidenbandindustrie der Schweiz leiden Färberei, Appretur und Seidenbruch. Diese Gruppe schreibt in ihrem Bericht an die Basler Handelskammer: „Wenn die heutige Mode sehr gefällig und für viele kleidbar ist, so haben die Trägerinnen vielleicht keine Ahnung, wie viele Industrien dadurch lahmgelegt sind. Wir wollen nur die am nächsten liegenden nennen, wie: Strickerei, Wirkerei, Kamminindustrie und Bandindustrie, und was mit diesen wieder zusammenfällt. Was hat nur die Band-industrie früher alles beschäftigt, den Färbereien, Appreturen und Druckereien täglich Arbeit zuweisen können. Heute aber reicht nicht mehr aus, um beschäftigt zu bleiben. Denn was Wafel zum Färben und Ausrüsten zu vergeben hat, ist Kunst-seide, die sich rasch verarbeitet, dann fehlen genügende Kombi-nationen, um all die Betriebe in Atem halten zu können. Und so ist es auch mit den Preisen. Dem Rohstoff entsprechend, darf auch die Veredlung nicht viel kosten. Maßgebend sind dabei die französischen und deutschen Färbereien mit den billigen Arbeits-löhnen und längeren Arbeitszeiten. Das begründet auch einen tieferen Stand der Farbpreise. Dazu soll die Ausführung aber nur die beste sein, wenn das zu verarbeitende Material nicht immer erfindlich ist. Immer mehr müssen wir Arbeit auf an- deren Gebieten suchen.“

Es wird übrigens von Schweizer Seite die Schaffung einer eigenen Schweizer Mode gefordert. Wenn das so einfach zu machen wäre, dann wären die Probleme der Modeindustrien schnell gelöst.

### 16. Ordentliche General-Versammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes

(Vom 20.-25. Juni 1927 zu Hamburg.)

#### II.

Die Beitragsleistung im Verband betrug pro Mitglied im Jahre 1924 31,88 Mk., im Jahre 1925 40,54 Mk. und 1926 ging der Beitrag wieder zurück auf 31,62 Mk. Für Unterstützungs-zwecke allein vorausgabte der Verband im Jahre 1924 482 492 Mk., im Jahre 1925 811 647 Mk. und im Jahre 1926 1 528 689 Mk. Ingesamt hat die Zentralkasse des Verbandes von den ihr verbleibenden Prozents der Beiträge im Jahre 1924 24,79 Prozent, 1925 59,70 Prozent und 1926 sogar 108,80 Prozent ausgegeben. Im Jahre 1926 mußte somit aus der Haupt-kasse noch über 10 Prozent über das hinaus zu-gelassen werden, was die Hauptkasse von den Filialen erhielt.

Der Verband war beteiligt im Jahre 1924 an 696 Bewe-gungen ohne Streiks und an 53 Streiks und Aussperrungen, im Jahre 1925 an 538 Bewegungen ohne Streiks und an 81 Streiks und Aussperrungen, im Jahre 1926 an 126 Bewegungen ohne Streiks und an 41 Streiks und Aussperrungen.

In einer ausgebehten langen Aussprache, die sich an die Berichterstatter angeschlossen, wurde in ruhiger und durchaus sachlicher Weise die Geschäftsführung kritisiert und eine Anzahl von Wünschen und Forderungen vertreten. Von den meisten Diskussionsrebern wurde aber das erfolgreiche Wirken der Verbandsleitung dankbar anerkannt, und zugleich auch viele wertvollen Anregungen für die weitere Verbandstätigkeit gegeben. Es muß gesagt werden, daß die Verhandlungen an allen sechs Tagen von einem Geist wahrer Kollegialität, ja nicht selten ehrlicher Freundschaft und gegenseitigen Vertrauens ge-tragen wurden. Die Art des Austragens von Meinungsverschie-

denheiten war auf diesem Verbandstag für jedes Arbeiter-parlament in jeder Beziehung vorbildlich.

Am dritten Verhandlungstage berichtete Schrader über die Ergebnisse der Forschungsreise nach Indien in Hinblick auf die deutsche Entwicklung. Die Ursache zu der großen Reise lag darin begründet, daß in den letzten Jahrzehnten eine sehr starke Textilindustrie in den ausländischen Ländern und spe-zieell auch in Indien entstanden war. Vor einigen Jahren gingen vielfach Nachrichten über die große Entwicklung der Textil-industrie in Ostasien durch die Unternehmerfachpresse, woran die Befürchtung geknüpft war, daß in kurzer, absehbarer Zeit nicht nur der europäische Export von dem ausländischen Markte verdrängt sein würde, sondern daß auch die Textilindustrie von Indien, China und Japan sogar als Konkurrenten auf dem europäischen Markte auftreten würden. Nach einer ausführli-chen Schilderung des Gesehenen und des auf der Studienreise Festgestellten kam der Berichterstatter zu dem Ergebnis, daß die befürchtete Konkurrenz Indiens nicht eintreten würde. Ge-wiß würde sich eine Verschiebung in der Beherrschung des Weltmarktes der Textilproduktion ergeben. Der Osten sowie auch Südafrika würden in Zukunft das Absatzgebiet für die ostasiatische Textilindustrie bilden. Das liege ja auch verkehrs-technisch sehr nahe. Es wäre ein Gebiet mit etwa 900 Millionen Menschen, deren Bedürfnisse an Bekleidung gedeckt werden müßten. Es wäre somit noch ein großer Spielraum für die Entwicklungsmöglichkeiten der dortigen Industrie gegeben. Bei vermehrter Produktion würde auch der Verbrauch zunehmen. Es würde immerhin noch eine Reihe von Jahren vergehen, in denen die englische Textilindustrie noch einen ansehnlichen Teil des Bedarfs decken würde. Die englische Textilindustrie müßte sich aber damit abfinden, daß dieser Anteil immer kleiner würde, bis er schließlich ganz aufhöre. Das Problem sei für die indische Arbeiterschaft daselbst wie für die deutsche; höhere Löhne und damit stärkere Kaufkraft.

Sehr beachtenswert waren die Ausführungen, die im An-schluß an den Bericht von dem Sekretär der Sozialistischen Textilarbeiterinternationalen, Thom Scham, gemacht wurden. Die Unternehmer in England hätten so oft gesagt: „Wie können Sie die Löhne in England so hoch halten, wie können Sie auf der 48-Stundenmode bestehen, wenn in diesen asiatischen Län- dern, mit deren Konkurrenz wir zu kämpfen haben, die Ar-beiter 60, 70 und 80 Stunden pro Woche arbeiten und für diese so niedrigen Löhne, daß sie mit unsern Löhnen garnicht zu vergleichen sind?“ Die Löhne in Indien sind aber nur ein Faktor. Wenn die Unternehmer in Deutschland oder in Eng-land uns auf diese Löhne hinweisen, so antworten Sie ihnen: „Bitte, vergessen Sie nicht, daß die europäischen Ar-beiter vier- und fünfmal so viel leisten wie die Arbeiter in Indien.“ In der Baumwollkarderie haben wir gesehen, wie fünfmal so viele Arbeiter und Arbeiterinnen an derselben Maschine arbeiteten wie in England. Es kommt darauf an, was man für seinen Lohn leistet.

Eine weitere Ausprache über den Indienbericht wurde nicht beliebt. Der Berichterstatter teilte mit, daß er über die in Indien gemachten Erfahrungen und Beobachtungen einen ganz ausführlichen schriftlichen Bericht ausarbeiten und in Druck geben werde.

Einen ebenso interessanten und zeitgemäßen Bericht er-stattete am 4. Verhandlungstage Rödel über die technischen und organisatorischen Wandlungen in der Textilindustrie und den Kampf um den Achtstundentag. Der Redner konnte an Hand einer großen Zahl von Beispielen, die durch den Ver-band gemacht wurden, auf die Rationalisierungsmethoden vieler Textilunternehmungen hinweisen. Die reiche Fülle von Ma-terial konnte das Bild, das vom Berichterstatter gezeichnet wurde, außerordentlich beleben. Es war darum dem Referenten garnicht schwer, den scharfen Nachweis zu führen darüber, daß die Unternehmer, die aus der Rationalisierung entspringenden Vorteile einseitig nur für sich in Anspruch nehmen. Die Trans- spruchnahme des einzelnen Arbeiters ist infolge der Rationali-sierungsmethoden eine viel größere geworden. Der Redner konnte auch Fälle anführen, wo in Textilunternehmungen heu-terlei technische Neuerungen durchgeführt sind. Für diese Art von Unternehmungen befände die Rationalisierung darin, daß den einzelnen Arbeitern, bezw. Arbeiterinnen mehr Arbeit über-tragen würde durch Zuweisung von mehr Maschinen (Webstül-len, Spindeln usw.), ohne daß technische Verbesserungen die Voraussetzungen dafür geschaffen hätten.

So sei aus 43 Betrieben berichtet worden, daß den Ar-beitern mehr Spindeln, teilweise 50 bis zu 100 Prozent, mehr zur Bedienung überwiesen wurden, als sie vorher zu be-dienen hatten. Das Material, das durch eine Umfrage von 327 Betrieben hereingekommen sei, sei detart umfangreich, daß ein großer Mangel an volkswirtschaftlicher Einsicht dazu gehöre, heute noch angesichts dieser vollkommenen Umstellung der Pro-duktionsmethoden an der alten Arbeitszeit von 48 Stunden festzuhalten. Die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit auf höch-stens 48 Stunden täglich müsse unter allen Umständen gelöst werden. Nachfolgende, vom Referenten vorgeschlagene Entschlie-ßung zu diesem Gegenstand fand einstimmige Annahme durch den Verbandstag:

„Seit mehr als drei Jahren ist es den Unternehmungen der Textilindustrie mit Hilfe der Regierungen und Behörden gelungen, den achtstündigen Arbeitstag in der Praxis für die Textilarbeiter-schaft zu beseitigen.“

In dieser Zeit ist das Ziel, das mit der verlängerten Ar-beitszeit angebahnt erreicht werden sollte, nämlich Verbilligung der Produktion und dadurch bedingte vermehrte Arbeitsgelegen-heit für die Textilarbeiter, nicht erreicht worden.

Das verfloßene Krisenjahr hat im Gegenteil die von uns vorausgesagten Folgen gehabt.

Nicht eine Vermehrung, sondern eine verheerende Vermin-derung der Beschäftigungsmöglichkeit für die Textilarbeiter war die Folge. Hunderttausende Arbeitsbereite mußten gänzlich oder teilweise müßig gehen, während der andere Teil bis zur Erschöpfung hinhin mühte.

Das ist eines hochstehenden Kulturvolkes unwürdig. Es bedeutet aber auch volkswirtschaftlichen Selbstmord. Der innere Markt ist die Stütze einer jeden Industrie. Er wird verwüstet, wenn die Masse der Verbraucher kauf-unfähig gemacht wird.

Die größten Schäden zu langer Arbeitszeit auf der einen und Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite liegen aber noch auf an-derem Gebiete. Die Textilindustrie macht den größten Gebrauch von der weiblichen und der jugendlichen Arbeitskraft.

Die höchste Schonung und Erhaltung der körperlichen und geistigen Kräfte dieser beiden Gruppen sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg des ganzen Volkes.

Die auch in der Textilindustrie in umfangreichem Maße vorhandene Vervollkommnung der Technik, sowie die Anwen-dung immer mehr Arbeiter sparerer Maschinen und Arbeits-methoden macht eine damit konform gehende Verkürzung der Arbeitszeit zur arbeiterischen Notwendigkeit.



Aus dieser Erkenntnis fordert die 16. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, daß der reine achtstündige Arbeitstag unter besonderer Berücksichtigung des freien Sonnabend-Nachmittags als das Mindestmaß des Notwendigen auf gezieltem Wege wiederhergestellt wird.

Die bestehenden Regelungen haben in der Arbeitszeitfrage völlig versagt.

Die General-Versammlung hat kein Vertrauen zu ihnen. Deshalb beauftragt die General-Versammlung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes den Vorstand, unverzüglich nicht nur jede mögliche Propaganda für die Wiedererringung des achtstündigen Arbeitstages zu entfalten, sondern auch alle uns zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Machtmittel einzusetzen, um in möglichst kurzer Zeit den achtstündigen Tag als die unerläßliche Voraussetzung aller wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritte für die Textilarbeiterschaft zu sichern.

In einer sich anschließenden Aussprache wurde noch ein Ergänzungsantrag zu der Entschließung eingebracht, die ebenfalls vom Verbandstag angenommen wurde und die folgenden Wortlaut hat:

„Darüber hinaus fordert der Verbandstag den nächsten internationalen Gewerkschaftskongress in Paris auf, sich mit der Frage der weiteren Verkürzung der Arbeitszeit zu beschäftigen und die Frage des Sechsstundentages zu diskutieren.“

Ueber den nächstfolgenden Gegenstand der Tagesordnung:

**Einführung der Invaliden-Unterstützung** im Deutschen Textilarbeiterverband berichtet Gauleiter Schöler, Hannover. Ohne in eine Aussprache über diesen Gegenstand einzutreten, beschloß der Verbandstag:

Zur Einführung der Invaliden-Unterstützung im Deutschen Textilarbeiter-Verband ist nach Auffassung der 16. ordentlichen Generalversammlung der Zeitpunkt noch nicht gekommen. Die Frage der Invaliden-Unterstützung muß erst vollständig geklärt werden. Die großen Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung tragen sich mit denselben Gedanken. Es ist anzunehmen, daß der kommende Gewerkschaftskongress zur Frage der Invaliden-Unterstützung Stellung nimmt und einheitliche Richtlinien aufstellt.

Die 16. ordentliche General-Versammlung beschließt, die Frage der Einführung der Invaliden-Unterstützung unter Würdigung der angeführten Verhältnisse innerhalb des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes dem Vorstand zur weiteren Bearbeitung zu unterbreiten. Der Vorstand soll der kommenden General-Versammlung ein Regulativ unterbreiten.“ (Schluß folgt.)

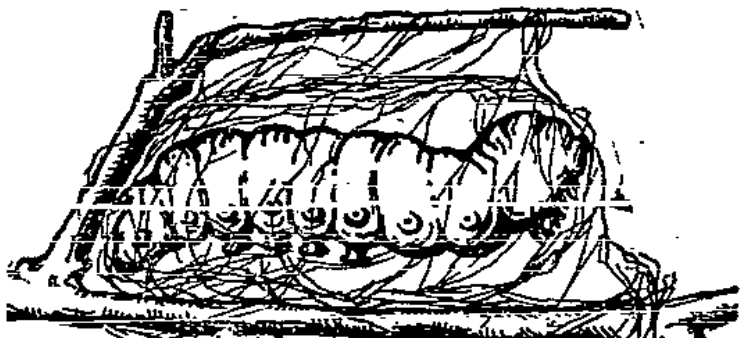
### Der Seidenbau — eine lohnende Erwerbsquelle

Die hervorragende Güte deutscher Kokons amtlich festgestellt.

Der Selbsterhaltungstrieb des deutschen Volkes und die Not der Zeit fordern gebieterisch neue Erwerbsmöglichkeiten. Eine solche bietet sich im Seidenbau. Die früher unübersehbare Menge seiner Gegner ist heute auf ein einziges Säuflein unheilschwerer Eigenbrötlers zusammengeschrunzt. Durch die Anpflanzungen und Züchterfolge der letzten Jahre mußten sich auch die hartnäckigsten Bekämpfer überzeugen lassen, daß die Maulbeere das deutsche Klima durchaus verträgt und daß die Raupenzucht als Zimmerkultur klimatischen Schwankungen nicht unterworfen ist. Selbst die vielumstrittene Frage der Wirtschaftlichkeit ist durch die vom Berliner staatlichen Materialprüfungsamt vorgenommenen Untersuchungen an meinem und anderem Kokonmaterial einwandfrei geklärt.

Nach dem Bericht des Materialprüfungsamtes benötigt man von den von mir gezieltesten Kokons zu einem Kilogramm Rohseide nur 3,281 kg. Kokons, während als Norm 4 kg. Kokons gerechnet werden. Hieraus ergibt sich, daß der deutsche Kokon bedeutend seidenreicher ist. Tatsächlich hat das Materialprüfungsamt die abbaubare Fadenlänge, die nach der Fachliteratur 500—700 m beträgt, mit 900—1100 m gemessen; dies entspricht also einer 20—30-prozentigen größeren Fadenlänge. Auch in bezug auf Feinheit (Titer), Zugfestigkeit und Bruchdehnung sind die deutschen Kokons den zum Vergleich herangezogenen italienischen besser Qualität nicht unmerklich überlegen. Das gleiche Prüfungsergebnis hat das Materialprüfungsamt an Proben anderer Züchter festgestellt, und zum gleichen Resultat sind verschiedene andere amtliche und nichtamtliche Stellen im Reich gelangt. Einer der maßgebendsten Seidenindustriellen Deutschlands, ein erfahrener Kenner des europäischen und außereuropäischen Seidenbaus, urteilt von den deutschen Kokons, daß sie erwiesenermaßen beste Erzeugnisse darstellen, wie er sie selbst in China und Japan nur ganz selten gesehen habe.

Nach all diesem steht die Ueberlegenheit und hervorragende Güte der deutschen Seidenkokons und damit die Wirtschaftlichkeit des Seidenbaus selbst einwandfrei fest. Zu deren absoluten Sicherstellung sind bereits zwei Nachzuchtanstalten eingerichtet, die eine hochwertige deutsche Einheitsrasse züchten, und an verschiedenen Stellen Gaspeln aufgestellt, sodaß die Abnahme der Kokonernten geklärt erscheint.



Spinnende Seidenraupe

Die vorjährigen Züchtergebnisse und deren Prüfung beweisen also nachdrücklich, daß der Seidenbau für Deutschland von hoher volkswirtschaftlicher Bedeutung ist. — Er bietet den nach Erwerb drängenden Arbeitslosen, Kriegsbeschädigten, Alt- und Kleinrentnern usw. ein lohnendes Feld der Betätigung, zumal die nötigen Arbeiten auch von Frauen, ja sogar Kindern und körperlich Beschädigten leicht erlernt und ohne Mühe ausgeführt werden kann. Es lassen sich in der Familie durch Ausnutzung sonst brach liegender Kräfte neben den häuslichen Arbeiten durch die Raupenzucht in der Saison (etwa von Ende Mai bis Ende September) 600—800 Mk. verdienen, ohne daß der Mann als Ernährer der Familie seinen Beruf aufzugeben oder die Frau außer Haus zu gehen braucht. Niemand dürfte daher achlos am Seidenbau vorbeigehen. Namentlich Landwirte und Landpächter soll-

ten sich theoretisch und praktisch mit dessen Regeln vertraut machen und ihn zur Hebung der allgemeinen Volkswohlfahrt verbreiten helfen.

Auch weiterhin gibt Herr Hans S o h e l t, Dessau, Schloßstraße 9, Interessenten in Fragen des Seidenbaus jederzeit Auskunft. Anfragen bittet/er Rückporto beizulegen.

### Die sozialpolitische Aussprache

Rückblick auf die Tagung für soziale Reform.

In Hamburg hat in voriger Woche die Gesellschaft für soziale Reform ihre Hauptversammlung abgehalten. Diese Tagung ist nicht allein wegen der Gegenstände, die dort verhandelt wurden, von einer weitreichenden Bedeutung, sondern vor allem auch durch die Teilnehmer. Es handelt sich um einen der in Deutschland leider sehr seltenen Fälle, in denen die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam mit denen der Wissenschaft und der anderen interessierten Kreise freimütig und sachlich über Fragen debattieren, die sonst nur in literarischer Auseinandersetzung oder in politischem Kampfe mit meist läblen Begleiterscheinungen ausgesprochen werden.

Insofern kann man es begrüßen, daß die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vor Jahresfrist der Gesellschaft für soziale Reform beigetreten ist, und so war auf der diesjährigen Hauptversammlung bereits eine erhebliche Anzahl von Industriellen, Kaufleuten und Sindielt anwesend. Auch eines der wichtigsten Referate wurde von einem Vertreter der Arbeitgeber, nämlich dem Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände Regierungspräsident a. D. Braumüller erstattet. Woran die Debatte diesmal noch litt, das waren die vielen fest formulierten, schon zu Hause überlegten und vielleicht in Sitzungen durchberatenen sogen. Diskussionsreden. Die Gesellschaft für soziale Reform wird sich ein Verdienst erwerben und wird ihre Lebensfähigkeit erneut beweisen, wenn sie zu einer mehrheitlichen Aussprache-Plattform der sonst oft im sozialen Kampfe

libertreibende Staatsomnipotenz und eine Zerschlagung des Bürokratismus, wie sie aus den Äußerungen einiger Vertreter des Deutschen Städtetages herausklagen. Die Referate sowohl wie auch die Debatte des zweiten Tages hinterließen immerhin ein gewisses Gefühl der Halbheit und Unzulänglichkeit; das konkrete Problem, wo man denn in der deutschen Sozialpolitik Selbstverwaltung aufbauen könne oder abbauen müsse, und wie diese Selbstverwaltung auszufehen habe in den einzelnen Zweigen der Sozialpolitik, wurde von kaum einem Redner auch nur gestreift, und doch liegen hier erst die eigentlichen Aufgaben, denn in der Absicht, ein lebendiges Interesse der von der Berücksichtigung Betroffenen zu erhalten, sie mit den Einrichtungen in einer Weise zu verknüpfen, daß sie sich nicht als Objekt eines Mechanismus fühlen, darin herrsche natürlich Einigkeit.

In früherer Zeit war die Gesellschaft für soziale Reform einmal einer der wichtigsten Antriebsfaktoren für die Entwicklung der deutschen Sozialpolitik. Diese geschichtliche Aufgabe ist im wesentlichen als erfüllt anzusehen. Aber sie wird ihre Bedeutung behalten, wenn sie ähnlich wie in diesem Jahre und noch besser vorbereitet und durchgeführt zu einer neutralen Stelle für freimütige sozialpolitische Aussprachen wird, aber ihre Auseinandersetzungen sachlicher und menschlich sympathischer gemacht werden können.

Dr. J a h n.

### Für Mitbestimmung, Mitverwaltung und Mitverantwortung in der Wirtschaft

Zum 18. Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine in Köln.

Der 18. Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutscher Konsumgenossenschaften, der am 26. und 27. Juni in Köln unter zahlreicher Beteiligung abgehalten wurde, bot einen ausgezeichneten Einblick in die Arbeitsweise und die Entwicklung der Konsumgenossenschaften. Schon aus dem Bericht des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine über das Jahr 1926 ging hervor, daß die wirtschaftliche Lage als solche eine Steigerung der Lebensführung nicht besonders stark begünstigt hat, daß es aber trotzdem möglich gewesen ist, den gesunden Gedanken der Konsumgenossenschaftsbewegung weiter auszubreiten. Da sich die Konsumgenossenschaftliche Bewegung in erster Linie auf die breite Masse der Arbeiterschaft stützt, ist es verständlich, daß die Lage des Arbeitsmarktes auch für die Lage der Konsumgenossenschaftlichen Entwicklung nicht ohne Bedeutung ist, im Gegenteil hier sehr starke Parallelen vorherrschend sein müssen. Dazu kommt, daß die Rationalisierung sich bisher auf die allgemeine Volkswirtschaft, darunter begriffen die Lebenshaltung der breiten Volksschichten, wenig ausgewirkt hat, daß ihre Bestrebungen meist noch in den Grenzen technischer Betriebsführung stecken geblieben sind.

Im Jahre 1926 hat die Konsumgenossenschaftsbewegung rein zahlenmäßig eine starke Verminderung ihres Bestandes zu verzeichnen gehabt, während noch gegen Ende des Jahres 1925 2126 Genossenschaften gezählt wurden, sank deren Zahl Ende 1926 auf 1942. Von diesen Konsumvereinen sind insgesamt 1276 bei den Zentralverbänden organisiert, und zwar bei dem Reichsverband deutscher Konsumvereine 285, im Zentralverband deutscher Konsumvereine 1090. Auf diesen durch mächtige Spitzenorganisationen zusammengefaßten Genossenschaften beruht die Kraft des deutschen Genossenschaftswesens überhaupt, während die nicht organisierten 667 Konsumvereine wirtschaftlich bedeutungslos sind.

Trotzdem die Genossenschaften zahlenmäßig im Laufe des Geschäftsjahres 1926 abgenommen haben, konnte doch eine kleine Steigerung der Mitgliederzahl der Genossenschaften um 2,66 Prozent festgestellt werden. Die Zahl der Mitglieder der Genossenschaften, die im Reichsverband deutscher Konsumvereine zusammengefaßt waren, betrug 733 892, während sich in den Genossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften 3 196 535 Mitglieder befanden. Die Zahl der Vertretungsstellen des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine belief sich auf 1882, die des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften auf 8780.

Ebenso hat der Gesamtumsatz des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine eine Steigerung von annähernd 11 v. H. im Geschäftsjahr 1926 erfahren. Er steigerte sich von 115 989 273 RM. auf 128 808 893 RM., nahm also um 12 619 920 RM. zu. Besonders festgehalten zu werden verdient die Tatsache, daß die Steigerung des auf Eigenproduktion entfallenden Umsatzes noch verhältnismäßig höher ist als die des gesamten Umsatzes. Sie betrug 13,72 v. H. und bedeutet, daß die Eigenproduktion der Konsumgenossenschaften im Geschäftsjahre 1926 zugenommen hat. Der Durchschnittsumsatz der einzelnen Genossenschaft ist von 471 500 RM. im Jahre 1925 auf 549 810 RM., also um 16,56 v. H. gestiegen. Daß die Lebenshaltung der für die Konsumgenossenschaftsbewegung vor allen Dingen in Betracht kommenden breiten Schichten der Bevölkerung auch im Geschäftsjahr 1926 keinen weiteren Ausbau zeitigen konnte, geht aus der Tatsache hervor, daß der Durchschnittsatz je Kopf der ungeschlossenen Mitglieder, der im Jahre 1925 161,34 RM. betrug, sich im Jahre 1926 nur ganz unmerklich, nämlich auf 175,24 RM. steigern konnte. Dagegen hat die Spartätigkeit im Rahmen der Konsumgenossenschaftsbewegung einen ausgezeichneten Auftrieb genommen. Die Spareinlagen erhöhten sich um 86,5 v. H. von 9,7 Millionen RM. im Jahre 1925 auf 18,1 Millionen RM. im Jahre 1926.

Die enge Verbindung zwischen Konsumgenossenschaftsbewegung und Arbeiterbewegung trat gelegentlich des 18. Genossenschaftstages des Reichsverbandes deutscher Konsumgenossen in Köln ganz besonders zutage. Führende Vertreter der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung überbrachten der Konsumgenossenschaftsbewegung ihre Glückwünsche. Die Tatsache, daß die Arbeit der Konsumgenossenschaften höheren Zwecken, über das wirtschaftliche hinaus für das allgemeine soziale und kulturelle Leben der Nation dient, die Tatsache, daß die Konsumgenossenschaftliche Arbeit die Arbeitnehmer zur Gleichberechtigung, zum Mitbestimmen, zur Mitbestimmung emporkührt, legen Zeugnis dafür ab, welche enge Verbindung zwischen Konsumgenossenschaftsbewegung und Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist.



Herr Lehmann ist ein guter Chef. Wenn er sehr gut gelaunt ist, dann erzählt er seinem Personal einen Witz. Der Witz ist gut, sogar sehr gut, aber er ist immer derselbe. Das Personal weiß, was es seinem Chef schuldig ist. Jeder hat den Witz zwar schon hundertmal gehört, aber wenn die Pointe kommt, brüllt alles vor Lachen. Eines Morgens kommt der Chef wieder sehr gut gelaunt ins Geschäft. Erzählt seinen Witz. Alles trillert sich vor Lachen; nur der Lehrling nicht. „Na, Leo“, fragt der Chef ärgerlich, „warum lachen Sie nicht, gefällt Ihnen vielleicht der Witz nicht?“ „Ich brauch' ja nicht zu lachen“, sagt Leo, „ich hab' ja ausgelert und geh' doch am Ersten.“

sich gegenüberstehenden Gruppen wird. Dafür ist freilich Voraussetzung, daß man wirklich offen seine Meinung sagt, auf Grund der Referate und der Debatte sich äußert und nicht mitgebrachte Formulierungen vorträgt, um sich ja um Gotteswillen nicht festzulegen.

Die Verhandlungen selbst drehten sich einmal um das Problem der Lohnrückführungen und ihre Rückwirkung auf die Volkswirtschaft und zweitens um die Selbstverwaltung in der Sozialpolitik. Referate und Debatte über das erste Problem standen auf einer beachtlichen Höhe, wenngleich nicht alle Redner sich der Atmosphäre dieser Tagung anzupassen verstanden und entweder allzuwissenschaftlich oder zu sehr im Versammlungsstunde sprachen. Das hängt aber wieder mit der notwendigen Schulung in öffentlicher Diskussion zusammen, die in Deutschland sehr wenig entwickelt ist. Als erfreulich kann man es bezeichnen, daß auch die Arbeitgeber, so sehr sie vor einer allzu aktiven Lohnpolitik warnten, immerhin in sehr gemäßigten Formen sich bewegten, während auf der anderen Seite auch die Gewerkschaftsvertreter durchaus erkennen ließen, daß sie in ihrer Lohnpolitik Vorsicht, Gewissenhaftigkeit, Studium der wirtschaftlichen Lage für dringend notwendig halten.

Das Hauptreferat über die Selbstverwaltung in der deutschen Sozialpolitik erstattete der Reichstagsabgeordnete Erhelenz in einer, man kann wohl sagen, oberflächlichen und selbigen Art. Mit der Tendenz, das Verantwortlichkeitsgefühl und die Mitwirkung der Beteiligten in der Sozialpolitik zu fördern, damit sie nicht der Verkünderung und dem Bürokratismus anheimfällt, fand er natürlich weitgehende Zustimmung; auch das Referat des Vertreters der Arbeitgeber stand mit dieser Gesamtrichtung nicht im Widerspruch. Aber zu meinen, die deutsche Sozialversicherung sei ein Hemmnis unseres wirtschaftlichen Aufstieges und hemme den Willen zur Lohnsteigerung bei den Arbeitgebern, das ließ sich natürlich ernsthaft nicht aufrecht erhalten. In einer sehr durchdachten Rede machte gegenüber Erhelenz Ministerialdirektor Gr e i s e r vom Reichsarbeitsministerium den Sinn und die Bedeutung der deutschen Sozialversicherung klar. Auch die Gewerkschaftsführer wie Otto von den christlichen Gewerkschaften und Brost vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband traten den Begründungen und überlieferten Schlussfolgerungen von Erhelenz entgegen, ohne natürlich die Selbstverwaltung irgendwie ablehnen zu wollen. Insbesondere wies Brost auf die Erfolge hin, die geradezu Musterbeispiele der sozialpolitischen Selbstverwaltung seien und insoweit nicht eingengt, sondern ausgedehnt werden müßten. Diese Bemerkungen richteten sich zugleich auch gegen eine



Der Reichstagsabgeordnete, Verbandsdirektor Schacht, was besonders darauf hin, daß die Steigerung der Preise eine berartige gewesen sei, daß eine dem Kulturstande des deutschen Volkes entsprechende Lebenshaltung nicht möglich würde. Die Konzentration der Wirtschaft birgt große Gefahren, die auf dem Wege der Gesetzgebung und der Selbsthilfe der breiten Schichten durch Mitbestimmung und Mitverantwortung bekämpft werden müssen.

Im Verlaufe des 18. Genossenschaftstages des Reichsverbandes deutscher Konsumgenossenschaften wurde eine Entschließung betreffend Mitbestimmung in der Wirtschaft gefaßt, die von folgenden Gesichtspunkten ausgeht:

Die durch die wirtschaftliche Entwicklung gebotenen Zusammenhaltungen ungeheurer Kapitalien in den privaten Betrieben und Wirtschaftsorganisationen und das Zusammenstehen gewaltiger Wirtschaftsmächte in den Händen einzelner Führer der Wirtschaft bilden eine Gefahr für Volk und Vaterland, wenn nicht starke soziale und staatliche Hemmungen den Mißbrauch dieser Macht verhindern. Es ist Pflicht der Gesetzgebung, die Wege zu finden, die eine ausreichende Kontrolle der Kartelle, Trusts, Syndikate und Monopole unter Mitwirkung der Verbraucherschicht gewährleisten.

Das beste Mittel, um eine soziale Entartung der Wirtschaft zu vermeiden, ist jedoch, die breiten Schichten der Arbeitnehmer in die Wirtschaft einzuordnen und ihnen Mitbestimmung, Mitverwaltung und Mitverantwortung zu ermöglichen. Dieses Ziel des Mitbestimmtes, der Mitverwaltung und der Mitverantwortung muß auf dem Wege der Gesetzgebung und der genossenschaftlichen Selbsthilfe erreicht werden. Es wird ausgesprochen, daß die Genossenschaftsbewegung den erfolgreichen Weg darstelle, den breiten Schichten Mitbestimmung, Mitverwaltung und Mitverantwortung in der Wirtschaft zu verschaffen. Sie hat sich schon als eine starke soziale Gestalt der Wirtschaft erwiesen. Aus diesen Gründen erwünscht für Staat und Volk die ernste Pflicht, die Konsumgenossenschaftsbewegung zu fördern, damit eine wahre Wirtschaftsdemokratie in Deutschland zur Tat wird.

### Allgemeine Rundschau

Was den Bodenspekulanten das Geschäft verdirbt, zeigt deutlich die Mitteilung einer führenden Tageszeitung vom 26. Juni über die Lage auf dem Terrainmarkt, daß die Terraingesellschaften gegenwärtig recht zurückhaltend seien mit der Abgabe von Grund und Boden, weil der Bodenpreis durch die im Herbst 1926 neu erschienene Berliner Bauordnung in manchen Gegenden heruntergezogen worden ist (Baumöglichkeit bis zu drei Geschossen). Diese Mitteilung bestätigt nur, was der größte Berliner „Terraininteressent“, Kommerzienrat Faberland, selbst zugegeben hat, nämlich, daß durch diese neue Bauordnung dem Grundstückshandel etwa 1,5 Milliarden „Zukunftswert“ entgangen sind. Diese 1,5 Milliarden Spekulationsgewinn stellen unverdienten Wertzuwachs an Grund und Boden dar. Und alle, die nicht in der Lage sind, von unverdientem Wertzuwachs, von der Grundrente leben zu können, alle, die nicht Eigentümer an Grund und Boden sind, sondern nur als Mieter einer Mietskasernenwohnung leben können, mögen sich klar machen, daß sie bei einer nur 7-prozentigen Verzinsung dieser 1,5 Milliarden 105 Millionen alljährlich als Tribut an die Bodeneigentümer aufzubringen gehabt hätten. Aber in dem erwähnten Bericht heißt es weiter, daß die Terraingesellschaften auch deswegen mit ihrem Angebot zurückhalten, weil sie auf eine spätere Neuregelung hoffen, die es ermöglicht, höhergeschossig zu bauen. „Hemmend auf den Terrainmarkt wirkt ferner“, so lesen wir weiter an der angemerkten Stelle, „das noch immer nicht verabschiedete Bodenreformgesetz“. Hieraus ergibt sich, daß die Terrainpekulanten sich völlig klar darüber sind, daß das vom „Ständigen Beirat für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium“ als Entwurf vorgelegte Bodenreformgesetz einen starken Druck auf die Bodenpreise ausüben werde. Ist es doch Aufgabe des Bodenreformgesetzes, den unverdienten Wertzuwachs, der heute vom zufälligen Bodenbesitzer eingeflössen wird, für die Allgemeinheit zu sichern; so wie es auch durch den Artikel 155 der Reichsverfassung erzielt wird. Der erwähnte Bericht gibt selbst zu, wie wenig der Bodeneigentümer zur Steigerung des Bodenpreises und damit Hervorbringung des Wertzuwachses an Grund und Boden beiträgt, und wie wenig Anrecht er demnach diesen Wertzuwachs hat. Wir lesen a. a. O.: „Die Preise der Grundstücke richten sich nach seiner Lage (Verkehrsvorteilen), nach der Ausnutzungsmöglichkeit (bevorzugt sind Terrains der Bauklassen 5 und 5 A, bei denen fünf Stockwerke und mehr errichtet werden können), nach der Verwertungsmöglichkeit (leichtere Erzielbarkeit höherer Mieten, insbesondere also im Westen) und schließlich selbstverständlich danach, ob das Terrain reguliert ist oder nicht.“ Bedauernd wird wiederholt festgestellt, daß die Herunterziehung der Bauflächen die Ausnutzungsmöglichkeit auf das äußerste beschränkt. Der Artikel schließt mit der Forderung: „In allen Fällen der Neuerschließung von Baugeländen muß schon in Rücksicht auf die Preisentwicklung bei den Forderungen der Gemeinden in bezug auf Straßenführung, Straßbreite und Grünflächen die notwendige Rücksicht auf die Terrainbesitzer genommen werden.“ Man sieht, wie ganz anders sich in diesen Sätzen die Welt spiegelt als im Kopf des ehrlichen Volksfreundes, dem Rücksicht auf das allgemeine Wohl, auf gesundheitliche und sittliche Wohlfahrt des Volkes allein maßgeblich ist.

Ein deutscher Berufsverband mit 300 000 Mitgliedern! pp. Wie wir erfahren, hatte Mitte vorigen Monats der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband die Mitgliederzahl 300 000 überschritten. Der D.H.G., der heute unbestritten die größte Angehörigenorganisation der Welt darstellt und während des Jahres 1926 seinen Mitgliederbestand um 19 034 auf 291 486 erhöhen konnte, hat damit in den ersten fünf Monaten dieses Jahres einen weiteren bedeutenden Schritt nach vorwärts getan. Der Rechenschaftsbericht des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes für das Jahr 1926 bringt einen eingehenden Überblick über die Entwicklung des Mitgliederstandes. Danach schloß das erste Arbeitsjahr 1893 mit 76 Mitgliedern ab, eine Zahl, die bis zum Jahre 1914 in unablässigem Aufstieg auf 160 513 Mitglieder erhöht werden konnte. Während des Krieges ging die Mitgliederzahl naturgemäß zurück, da rund 30 000 Mitglieder des Verbandes aus dem Felde nicht wieder zurückkehrten. Im Jahre 1923 konnten schon wieder 242 446 Mitglieder gezählt werden — also rund 100 000 mehr als im Jahre 1916 —, die 1924 auf 254 032, 1925 auf 271 852 und 1926 auf 291 486 answuchsen. Diese außerordentliche Entwicklung zum heute mehr als 300 000 Mitglieder zählenden Berufsverband hat der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband nur dank seiner jähren, unablässig für das Wohl des Berufsstandes der deutschen Kaufmannsgehilfen einsethenden Arbeit nehmen können. Es ist besonders hervorzuheben, daß im Rahmen dieses Verbandes neben dem sozial- und wirtschaftspolitischen Arbeitsgebiet, wichtige kul-

tur- und nationalpolitische Aufgaben gelöst werden, die das einzelne Mitglied zur Erfüllung seiner Pflicht im Kampf für das deutsche Volkstum und den Aufbau des deutschen Staatsgebildens befähigen.

### Das Los der älteren Arbeiter.

Um das Schicksal älterer und „verbrauchter“ Arbeiter festzustellen, die vornehmlich der „Rationalisierung“ der Betriebe zum Opfer fallen, hat der Christliche Metallarbeiterverband Deutschlands eine Umfrage vorgenommen. Die Fragestellung war folgende: Sind bei den Betriebsumstellungen und Betriebs einschränkungen oder sonst bemerkt, also mit Absicht, wegen ihres Alters oder wegen ihrer gesunkenen Leistungsfähigkeit ältere Arbeiter entlassen worden? Diese Frage wurde 304mal bejaht. Insgesamt, so wird weiter angegeben, wurden entlassen 24 093 ältere Arbeiter. Ihr Lebensalter schwankte in der Regel zwischen dem 50. bis zum 70. Jahre. In Einzelfällen wurden jedoch auch schon 45., 47. und 48jährige aus diesem Grunde entlassen. In der Regel blieben diese Entlassenen auf eine ununterbrochene Beschäftigung in den „ihren“ Betrieben zurück von 15—28 Jahren. Das Dienstalter mehrerer dieser Entlassenen beträgt sogar bis über 40 Jahre. Selbst mehrfach ausgezeichnete Jubilare der Arbeit und solche, die Jahrzehnte hindurch Beiträge in Werkspensionskassen leisteten, wurden rücksichtslos, anstandslos, ohne irgendwelche Entschädigung oder Rente der Werke entlassen. Auf jeden der erfassten Betriebe entfielen im Durchschnitt 80 solcher bedauerlichen Opfer der neuen Arbeits- und Betriebsweise.

Ein besserer gesetzlicher Schutz gegen Entlassung älterer und „verbrauchter“ Arbeiter, insbesondere wenn sie schon längere Jahre im Betrieb beschäftigt, fernher die Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung, sowie eine bessere, an die neuen Verhältnisse angepaßte Pensionsversicherung ist notwendig. Die Mittel der Allgemeinheit sowie die Erträge der Rationalisierung sind hierfür zu diesen Aufwendungen heranzuziehen.



### Als Sprachorgan der christlichen Gewerkschaften hat sich unsere Tageszeitung „Der Deutsche“

in der Öffentlichkeit eine einflussreiche Stellung zu erobern gewußt. Im Kampfe gegen die soziale Reaktion hat sie sich stets als wirkungsvoller Kämpfer erwiesen. Darum muß in jeder Versammlung und Konferenz für den „Deutschen“ geworben werden. Vor allem ist es Pflicht aller Führer in unserem Verbands, unausgesetzt für die weiteste Verbreitung unserer Zeitung „Der Deutsche“ tätig zu sein.

### Aus der Textilindustrie

Kortschreitende Rationalisierung in der russischen Textilindustrie. Auf Vorschlag des russischen Volkswirtschaftsrates sollen 11 „Konfektionär“ bis spätestens Oktober die beiden großen russischen Feintuch- und Kammgarnfabrikationsgruppen „Moskauer Trüft“ und „Kammwolltrüft“ unter dem Namen „Erster Staatswolltrüft“ zusammengeschlossen werden. Der Zusammenschluß, der eine jährliche Ersparnis von 200—300 000 Rubeln bringen soll, wird im übrigen eine Rationalisierung auf dem Gebiete des Rohstoffeinkaufs und Warenverkaufs ermöglichen. Im übrigen sind am russischen Textilmarkt wieder erhebliche Käufe von deutschen Textilmaschinen zu verzeichnen. So hat der Moskauer Trikotagentur für 450 000 Rubel Strumpfwirkmaschinen im Rahmen der deutschen Ausfallbürgschaft erworben. Außerdem hat eine Chemnitzer Firma von der armenischen Sowjet-Republik Auftrag für eine komplette Fabrikeinrichtung von 25 000 Baumwollspindeln sowie für eine komplette Trikotagenfabrik erhalten.

### Aus unseren Verbandsbezirken

Gaukonferenz des Gaues Waldshut am 12. Juni 1927 in Säckingen. Am Sonntag, den 12. Juni 1927, tagte in Säckingen die Gaukonferenz des Bezirkes Waldshut. Die Konferenz wurde durch den Sekretariatsleiter Kollegen Josef Bunt aus Waldshut eröffnet. Die Ortsgruppen waren ziemlich vollständig erschienen. Nachdem die Konferenzleitung gewählt war und nach Bekanntgabe von einigen geschäftlichen Mitteilungen, erstattete Kollege Bunt den Geschäftsbericht vom 1. Quartal 1927. Durch die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, die wir im letzten Jahre hatten, und von der auch die Textilarbeiter sehr stark betroffen wurde, wurde natürlich auch unser Verband in Mitleidenschaft gezogen. Doch als mit Beginn des neuen Jahres die Verhältnisse sich wieder besser gestalteten, hat der Verband sehr bald die bessere Geschäftslage gespürt. Seit Anfang dieses Jahres haben wir ein stetiges Wachsen in unseren Reihen zu verzeichnen. Daß sich das auch natürlich in finanzieller Hinsicht bemerkbar macht, ist klar. Auch bei den Einnahmen war ein erfreuliches Aufwärtshängen zu verzeichnen. Der Geschäftsbericht hat gezeigt, daß in unserem Bezirke durch die wirtschaftliche Besserung unser Verband vorwärts kommt. Da dieses Jahr auch die Verbandsgeneralsversammlung stattfand, hatte sich die Konferenz auch mit diesem Punkte zu

befassen. Für den hiesigen Bezirk wurde Kollege Josef Zumheller von Murg zum Delegierten für die Verbandsgeneralsversammlung einstimmig gewählt. Als Ergänzung der Kollegen Martin Mayer von Volkertshausen. Auch hat die Konferenz zur Verbandsgeneralsversammlung einen Antrag eingereicht, der die Schaffung einer Altersversorgungskasse verlangt. Ueber diesen Punkt setzte begreiflicher Weise eine sehr lebhaft Diskussion ein. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Da dieses Mal die Verbandsgeneralsversammlung in unserer näheren Heimat stattfindet, befaßte sich die Konferenz auch damit, wie der Verbandstag zu einem wirklichen Erlebnis für die badische Textilarbeiterausgebaut werden könne. Vor allem wurde beschlossen, daß die badische Textilarbeiter durch rege Teilnahme an dem Verbandstag, und dies ganz besonders an der Eröffnungsfeier am Sonntag, den 14. August, recht zahlreich teilzunehmen soll. Sowie am Sonntag bekannt gemacht wurde, wird von Basel aus ein Extrazug nach Freiburg fahren. Der Fahrpreis soll auch ermäßigt werden. Auch die anwesenden Vertreter der Jugendgruppen haben versprochen, mit den Mitgliedern der Jugendgruppen nach Freiburg zu kommen, um auch den Verbandstag zu einem Jugendtreffen zu machen. Aus all dem war zu entnehmen, daß die badische Textilarbeiter auch ihren norddeutschen Kollegen und auch denen aus dem Sachsenlande zeigen will, daß sie mitarbeitet an dem Ausbau des Verbandes, und dies ganz besonders zeigen will an unserem Verbandstag, wenn die Vertreter aus ganz Deutschland zusammenkommen, und so alle einen guten Eindruck mit nach Hause nehmen. Nachdem auch Punkt Verschiedenes behandelt war, war die Zeit schon soweit vorgeschritten, daß jetzt auch an die leiblichen Bedürfnisse gedacht werden mußte. Um 12,30 schloß der Vorsitzende die vormittägige Tagung. Gleich nach dem Mittagessen trafen sich schon auswärtige Mitglieder ein, um an der Veranstaltung am Nachmittag teilzunehmen. Für die nachmittägige Tagesordnung war auch ein kleiner Ausflug an den Bergsee vorgesehen, der aber durch das Regenwetter zum Teil vereitelt wurde. Um 4 Uhr hatten sich dann die Mitglieder wieder im Vereinshaus eingefunden, wo auch von Waldshut und den sonstigen Nachbargruppen in der Zwischenzeit noch mehr eingetroffen waren. Nach kurzen Begrüßungsworten des Sekretariatsleiters Kollegen Bunt ließen zwei Mitglieder der weiblichen Jugendgruppe Murg ihre Stimmen erschallen. Es folgte ein Theaterstück, gespielt von der weiblichen Jugendgruppe Murg. Für dieses Theaterstück erntete die Jugendgruppe Murg reichen Beifall. Auch der Prolog: „Jugend heraus“, vorgetragen von dem Jugendmitglied Rosa Baumgartner von Murg soll nicht unerwähnt bleiben. Durch Wieder und kleine Vorträge verließen die Stunden nur zu schnell. Möge die Konferenz für unsere Weiterarbeit reiche Früchte bringen.

### Bücher und Schriften

Neos Lösung der Arbeiterfrage. Von Dr. Karl Lugmayer. 92 Seiten, Oktav, 2. Auflage. Broschiert 1.—, Verlag der Typographischen Anstalt, Wien 1., Ebendorferstraße 8. Lugmayers Buch: „Neos Lösung der Arbeiterfrage“, eine Uebersetzung und Erörterung des weltberühmten Arbeiterumschreibens Papst Neos XIII., ist soeben vollständig umgearbeitet erschienen. In diesem Umschreiben werden die Ursachen unserer sozialen Not untersucht, und mit einem Weitsicht, der vielen unserer heutigen Führer fehlt, die Lösung der sozialen Frage im Geiste der Wahrheit und Gerechtigkeit in die Wege geleitet. Lugmayer hat versucht, durch die Türierungen das Umschreiben als Ganzes wiederzugeben, er hat die Zustände unserer Gesellschaft, im besonderen aber die Zustände unserer Rechtsordnung herausgehört, die ihm im Sinne des Umschreibens als schädlich erschienen. Jeder Satz ist Bereicherung des Wissens, Wehrung der sozialen Bildung und Nichtschmerz für den täglichen Handel und Wandel.

### Die sittlichen Gefahren der Frauen-Erwerbsarbeit.

Von D. Martin Ulrich, Magdeburg-Cracau. Die Schrift klärt auf über die schädlichen Auswüchse der Erwerbsarbeit weiblicher Frauen. Sie lenkt die Aufmerksamkeit auf ein unerträgliches und folgenreiches Uebel der herrschenden Wirtschaftsverfassung. In der Schrift wird die große Not der Arbeiterinnen in ihren Quellen und in ihrem Ausmaß bloßgelegt, und die Leidenden selbst werden hingewiesen auf die Kraft, die in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung lebt und kämpft. Die Broschüre eignet sich sehr gut zum Massenvertrieb. Sie ist zu beziehen durch den Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands, Berlin S.W. 11, Königsplatzstr. 87. Der Preis der Broschüre ist wie folgt: Bei 500 Stück 15 Pfg. pro Stück, bei 1000 Stück 14 Pfg. pro Stück, über 1000 Stück 12 Pfg. pro Stück.

### Briefkasten der Redaktion

H. U., Schwein in Westf.: Wir sind nun im Besitze Deiner vollständigen Anschrift. Willst Du uns nun aber auch bitte mitteilen, um was es sich handelt? Dein erstes Schreiben wurde nicht registriert, weil die Anschrift nicht vollständig war. Gruß!  
Th. L., Bernstadt in Sachsen: Die von Dir eingesandte Notiz ist zur Veröffentlichung ungeeignet, weil nicht klar genug zu erkennen ist, was der Schreiber will. Wenn Du auf eine Veröffentlichung Wert legst, dann bitte die Bedeutung des betreffenden Berufes etwas klarer zu umschreiben. Gruß!  
H. K., Hannover-Döhren: Selbstverständlich sind wir gerne bereit, auch einmal von eurer Ortsgruppe etwas aufzunehmen. Jeder für die Verbandszeitung bestimmte Bericht muß aber auch etwas enthalten, das für einen größeren Leserkreis von Interesse ist. Von eurem letzten Bericht kann das aber nicht gesagt werden. Darum kann eine Aufnahme nicht erfolgen. Gruß!

### Inhaltsverzeichnis

Artikel: Ueberwindung des Kapitalismus? — Die Entwicklung der deutschen Textilindustrie im letzten Jahrhundert. — Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Textilindustrie. — Rationalisierung in der Textilindustrie. — Die Textilindustrie im Lichte des Jahresberichts des Württembergischen Gewerbeaufsichtsamtes. — Die Schweizer Konkurrenz des Wuppertales. — 16. Ordentliche General-Versammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes. — Der Geldbau — eine lohnende Erwerbsquelle. — Die sozialpolitische Aussprache. — Für Mitbestimmung und Mitverantwortung in der Wirtschaft. — Feuilleton: An meine Mutter. — Däher und ihre Mutter. — Der toten Mutter. — Der Fragebogen. — Allgemeine Rundschau: Was den Bodenspekulanten das Geschäft verdirbt. — Ein deutscher Berufsverband mit 300 000 Mitgliedern! — Das Los der älteren Arbeiter. — Aus der Textilindustrie: Kortschreitende Rationalisierung in der russischen Textilindustrie. — Aus unseren Verbandsbezirken: Gaukonferenz des Gaues Waldshut am 12. Juni 1927 in Säckingen. — Bücher und Schriften. — Briefkasten der Redaktion.

Für die Redaktion verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf, Klarastr. 7.